

2012

# Der Kern Der Deutschen: Eine Analyse Der Atompolitik in Der Bundesrepublik Vom Anfang Bis Zum Ausstieg

Kyle Schutz

*The College of Wooster*, [kschutz12@gmail.com](mailto:kschutz12@gmail.com)

Follow this and additional works at: <https://openworks.wooster.edu/independentstudy>



Part of the [European History Commons](#)

---

## Recommended Citation

Schutz, Kyle, "Der Kern Der Deutschen: Eine Analyse Der Atompolitik in Der Bundesrepublik Vom Anfang Bis Zum Ausstieg" (2012). *Senior Independent Study Theses*. Paper 728.

<https://openworks.wooster.edu/independentstudy/728>

This Senior Independent Study Thesis Exemplar is brought to you by Open Works, a service of The College of Wooster Libraries. It has been accepted for inclusion in Senior Independent Study Theses by an authorized administrator of Open Works. For more information, please contact [openworks@wooster.edu](mailto:openworks@wooster.edu).

THE COLLEGE OF WOOSTER

Der Kern der Deutschen:

Eine Analyse der Atompolitik in der Bundesrepublik vom Anfang bis zum Ausstieg

Kyle S. Schutz

Presented in Partial Fulfillment  
of the Requirements of Independent Study Thesis

Senior Thesis

Supervised by Mareike Hermann  
Department of German  
2012

## ***Inhaltsverzeichnis***

<b>Anerkennung</b> .....	4
<b>Abstract</b> .....	6
<b>Einleitung</b>	
Ein Jahr später .....	7
Akademischer Diskurs.....	9
In dieser Arbeit.....	11
<b>Kapitel I: Einstieg</b>	
Einleitung .....	13
Der Anfang der westdeutschen Konsumgesellschaft .....	15
Deutsche Skepsis gegenüber der Atomkraft.....	17
Der amerikanische Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Atomkraft .....	19
Das erste Atomministerium in der Bundesrepublik .....	23
Erster Widerstand gegen die Nutzung des Atoms .....	27
<b>Kapitel II: Einstieg in den Ausstieg</b>	
Einleitung .....	31
Die Herkunft der Anti-Atomkraft Bewegung.....	32
Der Tanz mit dem Teufel und dessen Einfluss auf die Werte einer jüngeren Bewegung .....	32
Der Ökofeminismus in der Anti-Atomkraft Bewegung .....	36
Der Anfang des Widerstands .....	38
Die Protestwelle in Wyhl am Kaiserstuhl .....	39
Eine Meinung in Bundestag; die Entstehung der Grünen Partei .....	42
Die Proteste in Brokdorf.....	44
Fazit zu Kapitel I sowie II .....	46

### **Kapitel III: Ausstieg**

Einleitung .....	47
<i>Die Risikogesellschaft</i> von Ulrich Beck .....	50
Die öffentliche Einstellung zur Atomkraft .....	52
<i>i)</i> Die öffentliche Reaktion auf Tschernobyl	
Wie die CDU/CSU das erschütterte deutsche Vertrauen in der Atomkraft nach Tschernobyl wiederherstellt.....	58
Die Zwischenzeit: Die CDU/CSU auf dem Weg nach 2011 .....	64
<i>i)</i> Der Einfluss von Helmut Kohl (CDU) auf die Atompolitik	
<i>ii)</i> Angela Merkel als Umweltministerin 1994-1998	
<i>iii)</i> SPD-Bündnis90/Grünen Koalition und den Ausstieg	
<i>iv)</i> Die CDU/CSU Reaktion auf die Novellierung des Atomgesetzes 2000-2010	
Die Vorkommission in Fukushima und ihr Einfluss auf die Merkel-Regierung.....	76
<b>Fazit</b>	
Ein Ausblick in der Zukunft eines „atomfreien“ Deutschlands.....	83
Abschließende Gedanken.....	85
Weitere Forschung.....	87
<b>Anhänge</b> .....	88
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	91

## **Anerkennung**

This work could not have been possible without the help of several individuals. First and foremost I would like to thank my advisor, Dr. Mareike Herrmann, whose patience, wit and perseverance helped get this project up, running and functioning. I would like to express my gratitude to my mother, father, grandmother Shirley and Weeza for reminding me everyday of why this thesis was important, and for motivating me to always do better. To my fellow Wooster seniors: Kipaya Kapiga, Soorim Jin, Katharina Kroll, Adam Saad, and Seamus Sands, for the late night taco runs, chocolate stashes, midnight walks, all-night IS-parties, and support (even over Skype!) over these past few months. Also to Kathleen Garvey, Erin Christine, Day Logan, and David Wiebe for their support at work, random singing, and understanding. Last but not least I wish to thank Dr. Frank Uekötter from the Rachel Carson Center in Munich, for donating his time and knowledge to do an interview with me about this topic.

*In memory of my Uncle Phil, a victim of the risk society*

## **Abstract**

Diese Arbeit versucht vor allem die widersprüchliche Rolle der CDU/CSU-Regierung in der Atompolitik zu erklären. Die Kehrtwende der Merkel-Regierung, die nach dem Unfall in Japan zu einem Atomausstieg führt, deuten darauf hin, dass die Regierung die friedliche Nutzung des Atoms hauptsächlich als politisches Manöver benutzte. Weiterhin als die Umstände der deutschen Atomwirtschaft vorgelegt sind, die auf 40 Jahren von Geschichte der Atompolitik und –Wirtschaft basiert sind, weisen sie auch darauf hin, dass dieses Manöver nur der CDU-CDU betrifft. Deshalb scheint es als ob die CDU/CSU dem durch Atomkraft unterstützend wirtschaftlichen Fortschritt Vorrang einräumen, auch wenn es die Sicherheit der Öffentlichkeit übertrifft. Um die Tendenzen dieses Manöver hervorzuheben, beschäftigt sich diese Arbeit auch mit einer Analyse der deutschen Öffentlichkeit, die von Anfang des Atomzeitalters an ihre Stimme dagegen äußerte. Letztendlich bietet die Verbesserung der Beziehung zwischen der Merkel-Regierung und der deutschen Öffentlichkeit einen möglichen Anlass zu dem Atomausstieg an.

## Einleitung

### Ein Jahr später

Als ich diese Arbeit schreibe, ist es fast schon ein Jahr nach der Kernschmelze des vierten Reaktorblocks in Fukushima, Japan. Vor einem Jahr erinnerte sich die Welt noch mal an eine fast verschollene Frage; was passiert wenn die Technologie schief geht? Zum ersten Mal sahen wir die Auswirkungen eines Super-GAUs auf ein High Tech Land und wir wurden daran erinnert, dass Technologie versagen kann und wird. Obwohl die Katastrophe in Japan nach Umwelthistoriker Frank Uekötter „eine sehr entfernte, sehr distanzierte Katastrophe“ für die Deutschen war, wurde die friedliche Nutzung der Atomkraft dennoch zum heißen Thema deutscher Debatten.

Als Vorgänger der Atomdebatte stand Deutschland, ein Land, das bekannt für seine Anti-Atomkraft Tendenzen ist. Es war deshalb *weltweit* keine Überraschung, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im März 2011 erklärte, dass sie mit der Atomkraft Schluss machen wollte. Innerhalb des Landes aber bleibt Merkels Entscheidung, aus der Atomkraft auszusteigen widersprüchlich, hauptsächlich wegen ihrer politischen Kehrtwende. Bevor den Ereignissen in Japan war die CDU/CSU für ihre atomfreundliche Einstellung zur Kernenergie bekannt. Jetzt aber steht die Merkel-Regierung wegen ihrer widersprüchlichen Argumente, die plötzlich einen Atomausstieg forderten, auf dem Prüfstand. Diese Arbeit versucht diese Widersprüche der CDU/CSU zu verstehen.

Ich bin selbst kein Deutscher, und deshalb betrachte ich dieses Thema aus der Perspektive eines Ausländers. Als das Erdbeben im März 2011 die japanische Küste erschütterte, war ich in Berlin. Ich sah die Proteste der Atomgegner vor dem



Brandenburger Tor und ich spürte die allgemeine Unruhe der Öffentlichkeit, die sowohl auf die Straße zu sehen war als auch im Fernseher. Und als Angela Merkel die Pläne ihres Atomreaktoriums veröffentlichte, nahm ich zuerst große Rücksicht auf die Entscheidung. Ich wusste auch sofort, dass diese Entscheidung die globale Einstellung der Atomenergie verändern würde. Abgesehen davon als ich das Thema näher anschaute, begann es, kleine Widersprüche in der Politik der Merkel-Regierung aufzutauchen. Und als ich weiter in der deutschen Geschichte der Atomkraft forschte, wurden diese Widersprüche noch größer und lückenhafter. Diese Arbeit zeigt was ich fand und versucht sich mit der langen Geschichte der deutschen Atomkraft auseinanderzusetzen.

Von Anfang an erschien die Information über die friedliche Nutzung des Atoms in der Bundesrepublik ziemlich lückenhaft zu sein. Und deshalb, um die Widersprüche und Kehrtwende der heutigen CDU/CSU Regierung nachzuvollziehen, musste die Entwicklung des Atomprogramms kontextualisiert werden. Diese Arbeit zeigt zwei Tendenzen in der Geschichte der deutschen Atomkraft: *i)* die öffentliche Meinung ist in hohem Maße gegen Atomkraft und, *ii)* die CDU/CSU Regierung versuchte vor allem das öffentliche Vertrauen in den wirtschaftlichen Fortschritt wiederherzustellen. Das heißt im Großen und Ganzen, dass die CDU/CSU über die letzten 40 Jahre die Risiken der Atomkraft heruntergespielt, um den wirtschaftlichen Fortschritt zu schützen. Dieses Problem führt zu meiner Hauptthese, die im letzten Kapitel angesprochen wird, nämlich dass die CDU/CSU die Atomkraft seit ihrem Anfang als ein politisches Instrument benutzt um *i)* die Wähler für sich zu gewinnen und, *ii)* das Vertrauen am technologischen Fortschritt, der zum Kern des CDU/CSU-Wirtschaftsanspruchs wurde, wiederherzustellen.

Um die Gefühle der Geschichte sowie der öffentlichen Meinung zu bekommen, vertraue ich mich auf eine Sammlung von Artikeln aus der Nachrichten, Texte aus der Zeit, Interviews mit verschiedenen Politikern, und Umfragen der Öffentlichkeit. Einige Aufnahmen des Bundestages zeigen die politischen Meinungen während der späteren Atomdebatte im Jahr 2011. Diese Quellen wurden extensiv durch Archivarbeit entnommen, damit eine weitere Analyse gemacht konnte. Zusätzlich der Archivarbeit benutzte ich die schon existierende Literatur über das Thema Atompolitik. Diese Quellen helfen meine These in einer einzigartigen Richtung zu führen, denn sie ist einer der ersten Werke, die sich mit der Geschichte der Kehrtwende der CDU/CSU beschäftigt.

### **Akademischer Diskurs**

In dem akademischen Diskurs des Bereiches Atompolitik ist meine Arbeit, wie vorher erwähnt, nicht die erste Analyse, die sich mit der historischen Folge der Atomkraft in der Bundesrepublik beschäftigt. Die Arbeit ist aber eine der ersten, die sich auf das politische Manöver der CDU/CSU innerhalb der Atompolitik konzentrierte. Die Literatur über die Auswirkungen der japanischen Katastrophe auf die Atompolitik aber ist zwar sehr selten zu finden, was daran liegt, dass es erst vor nur einem Jahr geschehen ist. Abgesehen davon gibt es eine Fülle von Literatur über das Thema Atompolitik allgemein. Zusätzlich zu den Primärquellen, auf die ich ein Großteil meiner These baue, benutze ich drei wichtige Sekundärquellen, die meine These unterstützen. Darunter steht Umwelthistoriker Joachim Radkau, Atomkritiker Klaus Traube, und investigativer Journalist Sascha Adamek.

Das Werk *Aufstieg und Krise in der deutschen Atomwirtschaft: 1945-1975: Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse* von Joachim Radkau ist ein wichtiger Baustein meines ersten Kapitels. Sein Werk ist eines der ersten veröffentlichten Werke über das Atomprogramm in der Bundesrepublik. Radkau selbst ist ein bekannter Umwelthistoriker, der sich mit der Ausarbeitung der deutschen Umweltgeschichte beschäftigt. Radkaus *Aufstieg und Krise* erzählt die Geschichte des früheren deutschen Atomprogramms, dessen merkwürdige Umstände einen negativen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten. Auf Radkaus geschichtliche Herleitung des deutschen Atomprogramms ist das Argument in dem ersten Kapitel aufgebaut, dass der US-Amerikanische Einfluss auf die deutsche Atomwirtschaft wesentlich war. Weiterhin erweitere ich seine Ergebnisse der jüngeren Anti-Atomkraft Bewegung, indem ich im zweiten Kapitel die Rolle der Bewegung in der Atompolitik ausarbeite. Radkaus Werke ergeben gute Bausteine der Rhetorik, auf denen ich weitere Argumente auf den Weg nach einer Analyse der modernen Atompolitik führe.

Im dritten Kapitel dieser Arbeit versuche ich die öffentlichen Reaktionen auf das Unglück in Tschernobyl zu kontextualisieren. Als eine führende Sekundärquelle benutzte ich das Werk *Nach dem Super-GAU: Tschernobyl und die Konsequenzen* von Klaus Traube. Traube war früher Chef bei Interatom, wurde aber zum Atomkritiker. Seitdem war er extrem skeptisch gegenüber die Bonner Regierung und wie sie mit der Situation nach Tschernobyl umging. Traubes Forschung ist ein einzigartiger Einblick in sowohl die Politik als auch die öffentliche Meinung nach der Katastrophe in Tschernobyl, und ist fast stilistisch ethnographisch. Seine Sammlung von Umfragen, Zeitungsausschnitten, Journaleinträgen, Briefen, Figuren und Bildern aus der Zeit bilden ein

zusammenhängendes Bild der öffentlichen Reaktion auf das Unglück. In Bezug auf meine Analyse der Atompolitik während der Zeit nach Tschernobyl war dieses Werk hilfreich, indem es die Widersprüche der Bonner-Regierung hervorhebt. Am hilfreichsten ist seine Sammlung von Zitaten der Bonner-Regierung, auf denen ich eine weitere Analyse gebaut hatte.

Vielleicht das Werk, das mit meiner Thesis am engsten verknüpft ist, ist das neu veröffentlichte Werk von Sascha Adamek, *Die Atom-Lüge: Getäuscht, vertuscht, verschweigen: Wie Politiker und Konzerne die Gefahren der Atomkraft herunterspielen*. Das Werk wurde als eine Reaktion auf die Katastrophe in Japan geschrieben und es spricht die politische Seite der Atompolitik an, nämlich der Einfluss der Atomlobby auf die Atompolitik. Adamek beachtet aufmerksam die Beziehung zwischen der amtlichen Regierung und der Atomlobby. Das Verhältnis zwischen den beiden schaffte Widersprüche in der Atompolitik heraus. Seine Argumente unterstützt meine Thesis, die sich hauptsächlich mit den Widersprüchen und der politischen Kehrtwende der CDU/CSU beschäftigt, indem sie eine milde Art von Bestechung beweisen. Adameks Werk ist ganz aktuell und seine Argumente widerspiegeln die Hauptprobleme der Atompolitik in Deutschland.

### **In dieser Arbeit**

Diese Arbeit versucht vor allem die politische Kehrtwende der Merkel-Regierung zu erklären. Dieses Thema ist abhängig von der Geschichte und könnte nicht angesprochen werden, ohne die historische Umstände der Entwicklung der Atomkraft vorzulegen. Deshalb beschäftigt sich die ersten zwei Kapitel dieser Arbeit mit den geschichtlichen

Aspekten der Atomkraft in der Bundesrepublik. Das erste Kapitel *Einstieg* behandelt die politische Entwicklung der Atomkraft nach dem zweiten Weltkrieg und die westdeutschen Anreize für deren Förderung. Während der politische Fortschritt aufgebaut wird, wird die Entwicklung der öffentlichen Einstellung zur Atomkraft beachtet, denn es gibt subtile Zusammenhänge zwischen der öffentlichen Meinung und der politischen Förderung der Atomkraft.

Das zweite Kapitel *Einstieg in den Ausstieg* schaut genauer auf die Beziehung zwischen den Bürgern und der Regierung. Dieses Kapitel konzentriert sich auf die sozialen Auswirkungen des technologischen Fortschritts, die sich in Form einer Bewegung gegen die Atomkraft ausdrücken. Die Atomgegner sammelten sich Mitte der 60er Jahre und demonstrierten gegen den Ausbau der deutschen Atomkraftwerke. Und im Laufe der Zeit steigt die öffentliche Skepsis gegenüber der Regierung an, obwohl der Widerstand nicht völlig außer Kontrolle geraten, denn ein unsichtbarer Einfluss hält die Ruhe der Bevölkerung. Die Beschwichtigung der Regierung wird im dritten und letzten Kapitel *Ausstieg* angesprochen. Dieses Kapitel wird die letzten 25 Jahre der Atompolitik in Deutschland analysieren. Diese Jahre prägten die moderne Atompolitik am meisten. Es ist während dieser Zeit, dass der erste große Reaktorunfall geschehen ist und die Atompolitik sich für immer änderte. Plötzlich war die Rede um einen Ausstieg aus der Atomkraft, und 25 Jahre nach dem Unglück in Tschernobyl wurde es von der unwahrscheinliche der Parteien geschafft; der schwarz-gelbe Ausstieg.

# **Kapitel I**

## **Einstieg**

### **Einleitung**

Dieses Kapitel versucht die Geschichte des atomaren Anfangs in der Bundesrepublik zu kontextualisieren. Diese Geschichte ist wichtig zu verstehen, weil sie unmittelbaren Einfluss auf die Einstellung der heutigen CDU/CSU hat. Die Reste der Ereignisse aus der Nachkriegszeit sind immer noch anwesend, und sie fordern eine Einstellung, die stabilen wirtschaftlichen Fortschritt für die CDU/CSU Vorrang einräumen. Durch die letzte 40 Jahr hindurch arbeitete die CDU/CSU fleißig daran, den deutschen Wohlstand zu erhalten, und sie wurde sogar Risiken eingehen wie der Atomkraft, um das zu schaffen. Die Umstände des Anfangs von der Atomkraft in der Bundesrepublik sind eher zweifelhaft, und sie werden deshalb die spätere negative Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Atomkraft beeinflussen. Diese Umstände fingen erst nach dem Krieg an, während einer der wichtigen Zeiten in der deutschen Geschichte.

Die Nachkriegszeit wurde zu einem des größten Wirrwarrs der deutschen Geschichte. Das zerstörte Land lag dunkel in den Trümmern, weder mit einem Führer noch einer Nationalidentität. Trotz allem schlossen sich die Deutschen zusammen und fingen an, das Land wiederaufzubauen. Die wachsende Wirtschaft in Folge vom Wiederaufbau führte zu einer Rekordhöhe an Energiebedarf. Um die Industrie und Märkte aufzubauen und dann unterstützen, brauchte die Regierung einen Energieverträger, der wirtschaftlicher als die Kohle ist. Und hiermit beginnt die lange

Geschichte der deutschen Atomentwicklung, die nach und nach eine entscheidende Rolle in der deutschen Politik spielen würde.

Wenn man an die Nachkriegszeit in Deutschland denkt, taucht das Wort „Atomkraft“ nicht sofort auf, und das aus gutem Grund. Die Atomkraft war zu dieser Zeit nur ein abstrakter Begriff, mit dem sich niemand weiter auseinandersetzte, da zuerst das ganze Land neu aufgebaut werden musste. Deutschland war zu Beginn der 50er Jahre ein Land mit wenigen Arbeitskräften, aber vor allem war es ein Land mit wenig Strom. Schon in anderen Ländern, wie etwa in den USA, war die Energieindustrie ein Teil der gesamten Wirtschaft geworden, und so eine Komponente brauchte Deutschland auch in ihrer wachsenden Wirtschaft. Während dieser Zeit war ein Anstieg der deutschen Energieproduktion erforderlich, um das zerstörte Land wieder aufzubauen und die wachsende Wirtschaft zu unterstützen. Die folgenden historischen Umstände beeinflussten den wirtschaftlichen Energiebedarf.

Gerade nach dem Krieg wurde das ehemalige deutsche Reich in vier Besatzungszonen aufgeteilt: eine russische Zone im Nordosten, eine britische im Nordwesten, eine französische an der französischen Grenze und eine amerikanische im Südwesten. Die besetzten Gebiete erfuhren verschiedene kulturelle Einflüsse, die die Erfahrungen eines Deutschen in der russischen von den Erfahrungen eines Deutschen in der amerikanischen Zone unterschieden. Obwohl diese Besatzungszonen nur knapp vier Jahre existierten, war deren kultureller Einfluss auf die Deutschen schon bemerkbar. Als Ost- und Westdeutschland gegründet wurden, waren die zwei Gesellschaften vom Einfluss der Besetzer geprägt. Der amerikanische Einfluss wurde in der Bundesrepublik

besonderes stark wahrgenommen und sollte später während der Zeit des großen Wirtschaftswunders noch eine wichtige Rolle spielen.

### **Der Anfang der Konsumgesellschaft**

Während der späten 40er Jahre erlitten die Deutschen einen extremen Verlust von nationaler wie auch privater Identität, und die meisten von ihnen sehnten sich nach irgendeiner Form von Normalität. So eine Normalität wurde zum Beispiel in der Arbeit gefunden, da Deutschland ein Land mit mehr Arbeitsplätzen als Arbeitern selbst war. Um fortzubestehen, mussten die Städte und die Industrie des Landes wiederaufgebaut werden. Die Einführung von westlicher Kultur durch den Einfluss der Amerikaner spielte auch eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Aufschwung, dessen Auswirkungen das Land für immer änderten. Sowohl die Bundesrepublik als auch die Deutsche Demokratische Republik erfuhren ein großes Wachstum in der Wirtschaft, durch das der Lebensstandard in beiden Ländern erhöht wurde. Auf der westlichen Seite wuchs der Verkauf von Luxusgütern in der Bundesrepublik, was höchstwahrscheinlich die Folge des kapitalistischen Einflusses der Amerikaner war. Die Adenauer-Regierung benutzte den wirtschaftlichen Fortschritt als eine treibende Kraft ihres Wahlanspruchs. Zu dieser Zeit beitrug die Betrachtung der möglichen Umweltprobleme eine Meinung zu den Entscheidungen der Adenauer-Regierung nicht, genau wie die Möglichkeit für Risiko. Und zwar war das Risiko des Rückschritts der deutschen Wirtschaft für die Adenauer-Regierung größer als das Risiko der unbekanntenen Auswirkungen der Atomkraft. Nach einem brutalen Krieg wurden die Deutschen ängstlich. Als Verlierer des Krieges erlitten die Deutschen an einem Verlust der Nationalität. Das Wirtschaftswunder hilft diese



Normalität wiederherzustellen und das Land wieder auf eine globale Ebene zu bringen. In gewisser Weise war die CDU/CSU-Regierung unter hohem Druck den neuen Wohlstand in der Bundesrepublik zu erhalten. Dieser Druck bereitet den Weg für spätere Einstellungen der CDU/CSU, da die spätere Partei sich vor allem auf den Erfolg der Industrie konzentriert.

Das Wirtschaftswunder schaffte neue Arbeitsplätze und auch eine neue Nachfrage von Waren. Als das Land zur Konsumgesellschaft wurde, verstärkte die Nachfrage von solchen Waren die westdeutsche Industrieproduktion, und als Folge schuf sie einen enormen Energiebedarf. Im Gegensatz dazu wurde in der Deutschen Demokratischen Republik ein anderer Absatzmarkt aufgebaut, der nicht kapitalistisch war, sondern zentral vom Staat geplant war. Dieser Markt forderte auch einen höheren Energiebedarf und die DDR kehrte, genau wie die Bundesrepublik, zur Kohle zurück. Zuerst einmal wollen wir uns nur die westdeutsche Energienutzung anschauen, deren Instabilität das Interesse an Atomkraft erregte.

Als die Bundesrepublik zu einer Konsumgesellschaft wurde, musste eine Energielösung gefunden werden. Um das rasche Wirtschaftswachstum zu unterstützen, brauchte die Bundesrepublik dringend einen günstigen und wirtschaftlichen Energieträger. Gleich nach dem Krieg griffen die Deutschen auf die Ruhrkohle zurück, die dem Land seit Jahren als Hauptenergieträger gedient hatte, und die Kohlekraftwerke im Rheinland wurden wieder geöffnet. Der Kohlemarkt der früheren 50er Jahre war stabil genug und die Deutschen ignorierten kurzzeitig die wissenschaftlichen Entwicklungen in den USA, wie eben die Atomkraft, weil sie noch nicht gebraucht wurde (von Allmen 108). Dies war aber nur kurzfristig, denn die starke Abhängigkeit von Kohle und der

erhöhte Energiebedarf aufgrund des Aufschwungs der Industrie führten Mitte der 50er Jahre zu einer Kohleknappheit (Radkau *Aufstieg und Krise*, 18). Diese Kohleknappheit führte aber vorerst noch nicht zur Entwicklung der Atomkraft, sondern lediglich zu einer neuen Abhängigkeit von ausländischem Öl. Nach ein paar Jahren wurde der Import von ausländischem Öl schwierig und unstabil, vor allem nach der Schließung des Suez Kanals im Jahre 1973. Die Kohleknappheit und Ölknappheit waren eine Bedrohung für die wachsende Industrie, welche große Mengen an günstigem Strom brauchte, um sich weiter aufzubauen. Vor allem wollte die Adenauer-Regierung die Industrie unterstützen, denn sie sollte die Bundesrepublik in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig machen. Die Regierung musste auch ihren Wahlkampfanspruch erheben, nämlich „Wohlstand für alle“. Die Atomkraft wurde deshalb als mögliche Lösung für die zukünftige Energieversorgungssicherheit angenommen, obwohl sie noch Misstrauen und Skepsis erregte.

### **Deutsche Skepsis gegenüber der Atomkraft**

Der Rückstand der westdeutschen Entwicklung der Atomkraft in den frühen 50ern Jahren hängt auch mit der Skepsis der Deutschen zusammen. Die Atomkraft war zu diesem Zeitpunkt mit der militärischen Nutzung der Atombombe verknüpft, insbesondere mit dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima im Jahre 1945. Die Bilder aus Japan tauchten nicht sofort in Deutschland auf, weil die Ereignisse von Hiroshima und deren Auswirkungen bis 1952 vom amerikanischen Militär zensiert worden waren. Bis zur Veröffentlichung der Bilder waren den Deutschen die Ereignisse von der Atombombe und deren Auswirkungen auf die Japaner nicht bekannt. Schließlich berichteten die

Nachrichten aus Hiroshima und Nagasaki von einer hohen Strahlenbelastung, unter der selbst sechs Jahre nach dem Abwurf noch viele Menschen litten. Diese Erkenntnis, dass Atomkraft dem Leben schädige, wurde dadurch verstärkt, dass die Auswirkungen der Atomkraft als ein langfristiges Problem anerkannt wurden (Radkau *Natur und Macht* 266). Gleichzeitig wurden den deutschen Einwohnern die möglichen Auswirkungen der Atomkraft auf die Natur und die Menschen nicht eindeutig erklärt, hauptsächlich deshalb, weil sie den Wissenschaftlern selbst nicht bekannt waren. Ein Artikel aus dem *Spiegel* berichtet von dieser wissenschaftlichen Unklarheit über den A-Fall in Hiroshima im Jahre 1950 (24/1950). Die amerikanische Atomwissenschaft wurde von den Deutschen als Eingriff in den Bau des Lebens, als eine Schädigung der DNS betrachtet, und dieses Ereignis führte zu einem großen deutschen Misstrauen gegenüber der amerikanischen Atomwissenschaft. (Radkau *Aufstieg und Krise*, 270) Dieses Misstrauen hing auch mit den aufhaltenden amerikanischen Atomtests in Nevada zusammen, die weiterhin Öl ins Feuer schütteten wurde. Die Westdeutschen waren weiterhin kritisch gegenüber der amerikanischen Atomentwicklung, besonders nach den Ereignissen der Atombombentests in Nevada, die oft im *Spiegel* mit Querverweisen zu Hiroshima und Nagasaki versehen wurden: „Seit die amerikanische Luftwaffe Hiroshima ‚ausgeknockt‘ und den Krieg im Fernen Osten beendet hatte, träumte die Armee von eigenen Atomwaffen genauer: von eigener Atom-Artillerie. 1945 schienen das wilde Träume.“ (23/1953) Die Entwicklung des Atoms zu militärischen Zwecken wurde zu einer Besessenheit der Amerikaner, während die Deutschen sich noch unsicher waren, denn die Deutschen kannten schon die Risiken des wilden amerikanischen Traumes; und sie kannten Krieg. Nicht einmal zehn Jahre nach dem Krieg waren die Deutschen immer

noch vorsichtig und brauchten eine gewisse Zusicherung, obwohl sie nicht an der Wiederaufrüstung teilnehmen durfte. Sowohl die BRD als auch die DDR aber standen zwischen den Fronten des heranrückenden Sturms des kalten Krieges.

Während die Entwicklung der Atomkraft in der Bundesrepublik nicht vordringlich gefördert wurde, galt die Atomwissenschaft in anderen Ländern, die sich auf die Atomforschung konzentrierten, wie etwa die USA und die Sowjetunion, schon als sehr wichtig, da sie ihnen einen Platz im Rüstungswettbewerb sicherte. Für Deutschland, ein geteiltes Land mit einer Seite jenseits des Eisernen Vorhangs, wurde die Zeit der Aufrüstung besonders spannend. Die Atomentwicklung schien riskant zu sein, besonders wegen ihrer unstabilen Geschichte in den USA. Es bedurfte eine bestimmten Art von Zusicherung, bevor die Bundesrepublik an solche Anlagen für ihr Land denken würde. Diese kam dann im Jahre 1953 aus dem Weißen Haus.

### **Der amerikanische Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Atomkraft**

Der US-Präsident Dwight D. Eisenhower hielt im Dezember 1953 eine Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York, die zum ersten Mal die Fakten und Pläne der amerikanischen Atomforschung vorlegte sie und der Welt erklärte. Eisenhowers Rede folgte einem Treffen mit Großbritannien und Frankreich auf den Bermudainseln, wo über die friedliche Nutzung der Atomwissenschaft gesprochen wurde. Schon nach Eisenhowers Antrittsrede 1953, die auch als „Chance for Freedom“ - Rede bekannt wurde, galt der US-Präsident weltweit als wahrer Kämpfer für den Weltfrieden. Während einer Zeit voller politischer Spannungen zwischen Ost und West brachten solche friedlichen Gespräche und Ideen den Deutschen Trost. Eisenhowers Antrittsrede schenkte

ihm Glaubwürdigkeit, die er während dieser unstabilen Zeit gebrauchen konnte, um ein Atomgespräch führen zu können. Eine Gelegenheit für ein solches Gespräch kam sechs Monate nach der Antrittsrede, als Eisenhower gebeten wurde, eine Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York zu halten. Auf diese Rede hatten die Deutschen gewartet, denn ihr geteiltes Land lag zwischen Ost und West.

Die friedliche Nutzung des Atoms wurde nur kurz in Eisenhowers „Chance for Peace“- Rede erwähnt, sollte aber später als heißes Thema in seiner Rede vor der UNO auftauchen. In dieser dynamischen Rede „Atoms for Peace“ erkannte der Präsident das amerikanische Interesse an der Atomentwicklung zum ersten Mal an, was ihm schon früh in der Rede internationale Glaubwürdigkeit schenkte. Es gab darin die Schwächen des amerikanischen Atomprogramms zu, dessen spaltbare Materialien knapp waren, und weist auf den Anstieg des sowjetischen Programms hin, das um die Atomkontrolle kämpfte. In einem Artikel im *Spiegel* wurde dieser Teil der Rede besonders hervorgehoben und wurde als der „wichtigste Teil seiner Rede“ bezeichnet. „Der Präsident sagte unter anderem: ‚Wenn die Vereinigten Staaten einst das besessen haben, was man als ein Atom-Monopol hätte bezeichnen können, so hörte dieses Monopol vor einigen Jahren auf zu existieren...‘ Das Eingeständnis Eisenhowers, dass Amerikas Vorsprung in der Produktion von Atombomben nahezu bedeutungslos ist, war der wichtigste Teil seiner Rede“ (51/1951). Dies zeigt allerdings, dass das amerikanische Atomprogramm keine weiteren Pläne für ihre Bombe hatte.

Eisenhower beachtete die Ost-West Spannung, deren Behinderung der Atomkraft als rückgängig angesehen war, aufmerksam. Als Lösung dafür forderte Eisenhower den Aufbau eines internationalen Atom-Pools, in dem die nötigen spaltbaren Ressourcen für

die Entwicklung der friedlichen Nutzung des Atoms zu finden wären. Eisenhower meinte in seiner Rede, dass die Ost-West Spannung durch eine solche globale Zusammenarbeit abgeschwächt werden könnte, und dass so der Weg für die friedliche Entwicklung der Kernenergie für die Besserung des Weltlebens bereitet werden könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, musste den Menschen zuerst der wissenschaftliche Dialog erklärt werden, was eine der Aufgaben einer UNO-Kommission sein sollte. Eisenhower ging das Problem an, indem er Beispiele von der friedlichen Nutzung der Atomkraft erwähnte, wie zum Beispiel die Lebensmittelkonservierung, neue Arten von Medizin, und das Potential der Atomkraft als günstigem und sauberem Energieversorger. Die Einführung einer solchen unkonventionellen Denkweise zu dieser Zeit noch führte zum Anfang des globalen Atomgesprächs, insbesondere in der Bundesrepublik, einem Schwellenland, in dem der Rüstungswettlauf stark zu spüren war. Die Bundes-Regierung sah die möglichen Fähigkeiten der Atomkraft und wie sie die zu ihrem Vorteil benutzen könnte. Um ihre Wirtschaft weiter zu unterstützen, musste die Bundesrepublik an diese Gespräche teilnehmen.

Es dauerte fast drei Jahre, bis Eisenhowers Kommission sich etablieren konnte. Mit der Etablierung der Kommission im Jahre 1954 kam das Atomzeitalter, in welchem ein Dialog über die friedliche Nutzung der Atomkraft geführt wurde. Während der folgenden Jahre gab es allerdings viele Fortschritte in der Atomkraft in der Bundesrepublik, vor allem durch das 1955 gegründete deutsche Atomministerium - das Bundesministerium für Atomfragen. Nach der Genfer Konferenz 1955, setzte sich die Idee der Atomkraft für die BRD durch, und eine neue Atomeuphorie ersetzte langsam die Atomhysterie der frühen 50er Jahre. Diese Atomeuphorie war auf Seiten der USA nach

Radkau ein „unnatürlicher Optimismus“, der nur das wahre Motiv der Konferenz, nämlich die Aufrüstung, abdeckte (Radkau *Aufstieg und Krise* 82), aber für die Bundesrepublik hatte sie signifikante Folgen.

Dieses Motiv kam aber nicht allen Deutschen unsichtbar vor, und so wurde die Genfer Konferenz von den Kritikern mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Ein Artikel über die Konferenz aus *Die Zeit* kritisiert die westliche Idee der friedlichen Nutzung der Atomkraft scharf, indem er sie für eine Art „Frieden durch Angst“ darstellte: „Beides zugleich - nein, das kann eigentlich nicht stimmen, dass Angst vor der Wasserstoffbombe uns den Frieden garantiert, und dass wir der Menschheit — durch Abrüstung — diese Furcht nehmen sollten! Nur dürfen wir eines nicht vergessen: Abrüstung allein bringt uns nicht den Frieden.“ (34/1955). Der Autor dieses Artikels hob das verdeckte Motiv hervor, indem er die Scheinlösung „pax atomica“ nannte; indem er also den angesprochenen Atomfrieden der Genfer Konferenz als eine Art Vertuschung der drohenden standhaften Gefahr der Atomkraft betrachtete. Die langfristigen Probleme der Atomkraft würden nicht mit der Abrüstung aufhören, denn sie waren auf einer andere Ebene. Da dieser Artikel eine Woche nach der Konferenz veröffentlicht wurde, scheint es, als ob dieses Thema in manchen Kreisen in der Bundesrepublik negative Aufmerksamkeit erregte.

Auf Seiten der Industrie aber wurde die Wichtigkeit der Atomkraft verstanden, denn schließlich wurde sie von der wachsenden Industrie gebraucht, die seit 1950 ihren Energiebedarf verdoppelt hatte. Während einer Zeit der Kohleknappheit und der starken Abhängigkeit vom ausländischen Öl war die Idee eines unerschöpflichen, inländischen Energieträgers, der das steile Wachstum der Industrie auch unterstützen konnte, von der Bundesrepublik nicht nur erwünscht, sondern auch benötigt worden. In einem Artikel aus

*Die Zeit* spricht der Journalist Walter Fredericia die damalige Energiesituation in der Bundesrepublik an:

Aber eine große Industrienation braucht außerdem noch eines – nämlich Energie. Diese Verdoppelung [des Energiebedarfs] von einem zum anderen Jahrzehnt kann aber unsere Kohlenwirtschaft nicht mehr lange mitmachen...das Energie ist ein Weltproblem, und die anderen Industrieländer, vor allem Amerika und England, mit denen wir zu konkurrieren haben, standen vor derselben Schwierigkeit, wenn ihre Kohlenbasis auch stärker ist als unsere. Amerika schon seit einiger Zeit und neuerdings auch England bauen Atomkraftwerke. Das ist zunächst kostspielig und langwierig, aber in einigen Jahren... werden sie imstande sein, den jährlich zuwachsenden Energieverbrauch durch Atomkraftwerke zu befriedigen und so die drohende Krise auszuhalten. Aber wir? (Fredericia 1955).

Solche Aussagen von damals zeigen klare Tendenzen, nämlich dass manche Politiker in der Bundesrepublik auch bereit und willig für einen Wandel des Energieträgers gewesen war. Fredericia behandelte dieses Thema in seinem Artikel, indem er fragte, ob die Bundesrepublik etwas Ähnliches wie in den USA oder in England machen könnte. Allerdings erkannte er sehr wohl die Probleme eines Atomaufbaus an, vor allem den westdeutschen Mangel an Fachleuten und Wissenschaftlern, die das Zeug dazu haben, ein solches System voll funktionstüchtig aufzubauen. Die Atomkraft wurde zuerst auch von der Industrie als ein großes und teures Risiko betrachtet, und die Regierung wollte von der Atomkraft einen Vertrauensvorschuss bekommen. Ganz abgesehen davon - gab es während dieser Zeit noch keine richtige Behörde, die Atomkraftwerke regulieren konnte. Erst 1955 wurde eine solche auf deutschem Boden gegründet.

### **Das erste Atomministerium in der Bundesrepublik**

Die Einrichtung des ersten offiziellen Ministeriums zur Entwicklung der Atomkraft als möglichem Energieträger wurde im Oktober 1955 vom Kanzleramt bewilligt. Das



Bundesministerium für Atomfragen, wie das Amt zuerst hieß, wurde sehr rasch nach der Genfer Konferenz aus keinem klaren Grund gegründet. Das erste Ziel des Amtes war, das drohende Problem der Energiekrise aufgrund der Abhängigkeit von Kohle und ausländischem Öl zu bekämpfen, die das starke Wachstum der deutschen Industrie zu schwächen drohte (Radkau *Aufstieg und Krise* 137-138). Obwohl das Ziel größtenteils klar ausgedrückt war, gab es noch viele Inkonsequenzen und Mehrdeutigkeiten, die zu einer starken Kritik in den Medien führte. Ein Artikel aus dem *Spiegel*, der zwei Wochen vor der Gründung des Ministeriums veröffentlicht wurde, spricht diese Unklarheit an: „Welche Kompetenzen dieses Ressort haben wird, steht allerdings noch keineswegs fest.“ (41/1955). Man sollte glauben, dass dieses umstrittene Amt besser organisiert wäre, aber selbst zwei Wochen vor der Gründung waren dessen Pläne noch nicht vollständig festgelegt. Und damit nicht genug; der damals 40-jährige, unerfahrene Bundesminister für Sonderaufgaben, Franz Josef Strauß, wurde von Bundeskanzler Adenauer selbst zum Atomminister ernannt. Der neuernannte Atomminister wurde vom Kanzler beauftragt, „sich um die Atomgelegenheiten zu kümmern“. Minister Strauß kannte sich aber leider nicht sehr gut in Atomsachen aus (Spiegel 41/1955). Im Großen und Ganzen bekommt man ein Gefühl der Unklarheit, denn es geschieht viel mit der Atompolitik, aber was genau wusste niemand.

Strauß versuchte sich mit Hilfe eines beschränkten Personals und einigen Wissenschaftlern in die Atomwissenschaft einzuarbeiten. Er interessierte sich für das amerikanische Atomprogramm, das zu dieser Zeit schon völlig etabliert war. Interessanterweise wählte Strauß die USA als Vorbild gegenüber England, auf das nach Radkau die Atom-Enthusiasten sonst zumeist schauten (Radkau *Aufstieg und Krise* 137).

Vielleicht fand er das amerikanische Programm besser ausgeführt, weil es das erste seiner Art war. Noch dazu untersuchten die Amerikaner die unbegrenzten Möglichkeiten der Atomkraft, besonders in Bezug auf die militärischen Tests, die immer noch in Nevada ausgeführt wurden. Es scheint als, ob Strauß aufgrund der Atomforschung einen stabilen Energiemarkt wegen der Atomkraft erwartet hatte und somit das westdeutsche Atomprogramm auf das amerikanische basieren wollte. Nach seiner Reise in den USA aber änderte Strauß rasch seine Meinung, denn er fand dort nicht, wonach er gesucht hatte, nämlich nachhaltigen Profit. Er meinte, dass die Atomkraft eines Tages Geld einbringen könnte, aber nicht in diesem Moment, denn das amerikanische System schien nicht völlig ausgearbeitet. In einem Bericht an die deutsche Atomkommission spricht Strauß seinen neuen Plan an; „Die BRD wird sich daher mit ihrem Spätkommen große Verlust ersparen. Man hat in Deutschland zwar 10-15 Jahre an Zeit versäumt, aber was die Amerikaner in dieser Zeit für die friedliche Atomentwicklung erarbeitet hatten, können wir jetzt zu 95% kostenlos übernehmen. Verlorene Zeit – gewonnenes Geld!“ (Radkau *Aufstieg und Krise* 139). Die westdeutsche Energiewirtschaft, die mit dem Atomministerium zusammenarbeitete, stimmte Strauß zu, denn auch sie fand die Invention sehr teuer und riskant. Zusätzlich tauchte 1956 ein Gerücht auf, dass eine Menge Braunkohle in Nordrhein-Westfalen zu finden war, was die anwachsende Spannung der Energiekrise entspannen würde. Um die Atomgespräche in der Bundesrepublik zu verzögern, schrieb Strauß mit Unterstützung der Energiewirtschaft ein Gesetz, in dem er versuchte, die westdeutsche Anlage der Atomreaktoren aufzuhalten und sich zunächst auf Adenauers kontroverse Wiederbewaffnung zu fokussieren.

Wie größtenteils in den 50ern Jahren, gab es 1956/57 noch immer eine Dichotomie im Fortschritt der Atomkraft. Nach Einschätzungen der Regierung mangelte es der Bundesrepublik an Atomenergiebedarf. Auf der Seiten der Energiefirmen versprach die Atomkraft eine Möglichkeit für ein steileres Wachstum der Industrie. Der Energieversorgungskonzern RWE zum Beispiel erkannte die potentiellen Gewinne der Atomkraft an und entwickelte eine Verkaufstechnik, mit der er sich an die unentschlossene Industrie wenden konnte. Mit dieser zugeschnittenen Verkaufsstrategie nahmen sie sich ein Beispiel an anderen entwickelten Ländern, die mit Hilfe der Atomkraft in ihrer ökonomischen Entwicklung schon weiter gekommen waren. Das Atomgesetz konnten die Energiekonzerne nicht abwenden, und nach sorgfältiger Überlegung der Lage, Reaktorart und der Finanzpläne, gab die Atomkommission dem Energiekonzern RWE die Zustimmung zum Bau eines Kraftwerks. Aber das Kraftwerk galt hauptsächlich nur als ein Probekraftwerk. Außerdem hatte das Atomministerium durch die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt an dem vorgeschlagenen atomaren Teil der Wiederbewaffnung Wichtigeres zu tun. In den folgenden Monaten aber entstanden 1957 die offiziellen Pläne fürs erste Versuchatomkraftwerk in der BRD. Obwohl die beiden Ereignisse unabhängig voneinander waren, passierten sie gleichzeitig. Das Versuchatomkraftwerk in Kahl am Main war nicht besonders kontrovers, hauptsächlich weil es hinter Adenauers widersprüchlicher Wiederbewaffnungspolitik und Aufstellung einer westdeutschen Bundeswehr in den Hintergrund trat und nicht die Aufmerksamkeit der deutschen Atomwissenschaftler, sowie großer Teile der Bevölkerung, erregte.

## **Erster Widerstand gegen die Nutzung des Atoms**

Eine der ersten und starken Oppositionen gegen die atomare Wiederbewaffnung kam aus dem wissenschaftlichen Raum, wo die Atomphysiker und Techniker ihre Meinungen äußerten. Eine Widerstandsgruppe von 18 Kernwissenschaftlern, einschließlich der bekannten Atomphysikern Otto Hahn, und Werner Heisenberg, machte sich daran, die Ausbeutung der Atomforschung zu militärischen Zwecken aufzuhalten. Dies war weder das erste noch das letzte Mal, dass ein Thema des Widerstands auftauchen sollte. Mit der Unterstützung der SPD schrieb die Gruppe das Göttinger Manifest, in dem einige Beschränkungen der Nutzung der Atomkraft, die der Ideologie von Eisenhower ähnlich waren, festgelegt werden sollten. Aus diesem Manifest kam auch eine Splittergruppe, der „Kampf dem Atomtod“ hervor, die schon Tendenzen einer größeren zukünftigen Bewegung gegen die Atomkraft zeigten. Ihre Kampagne kämpfte gegen sowohl die militärische als auch zivile Nutzung der Atomkraft, weil die beiden voneinander abhängig geworden waren. Die zivile Nutzung wurde auch sehr kritisch von der Splittergruppe aufgenommen, denn es gab „eine Proliferationsgefahr, also die Möglichkeit, aus Reaktoren Bombenspaltstoff zu entnehmen“ (Radkau *Aufstieg und Krise* 97). Wegen dieser Furcht vor einem Missbrauch sehen wir den Anfang einer klaren Kluft in der Bundesrepublik; auf der einen Seite gab es eine Initiative von informierten Bürgern und Wissenschaftlern, die alle Arten der Atomkraft für gefährlich hielten, und auf der anderen die Regierung, die sich nur um die atomare Wiederbewaffnung der Bundeswehr und die Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts durch die friedliche Nutzung des Atoms bemühte. Vielleicht war der bürgerliche Widerstand eine Art Kultur-Pessimismus, und nur eine emotionale Reaktion auf die neu entwickelten Technologien.

Vielleicht sahen diese Bürger durch die Atomkraft, denn sie erkannten das Risiko und die Gefahr der Kraftwerke. Auf jeden Fall stießen diese frühen Reaktionen auf taube Ohren, da weitere Atomkraftwerkprojekte in der Bundesrepublik auftauchten, denn während dieser Zeit machte die CDU/CSU-Regierung große Sorgung um den wirtschaftliche Wohlstand der Bevölkerung. Die Atomkraft war ein notwendiges Sprungbrett, egal wie gefährlich sie sein sollte.

Als sich die Atomkraft langsam in der Bundesrepublik verbreitete, trat eine Serie regionaler Bürgerinitiativen auf, die hauptsächlich NIMBY (not in my back yard, oder nicht vor meiner Haustür) Fälle waren. Mit Unterstützung des Göttinger Manifests wurden diese kleinen Proteste nach und nach stärker. Gleichzeitig aber wurde das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das ehemalige Ministerium für Atomfragen, nach seiner Renovierungen noch stärker. Ein Jahr nach der Gründung des ehemaligen Bundesministeriums für Atomfragen wurde 1956 Atomminister Franz Josef Strauß aus dem Dienst entlassen und sein Nachfolger Siegfried Balke angestellt. Wie sein Vorgänger wollte Atomminister Balke die Entwicklung der Atomkraft verzögern, wenn auch aus einem anderen Grunde. Balke wollte die Bedenken, die um die Atomkraft kreisten, direkt ausgehen, denn er stand selbst auf der Seite des Göttinger Manifests, obwohl er, wie Strauß, nur ein Spielball in Adenauers Hand war. Der Bundeskanzler fand die Besorgtheit des angestellten Atomministers problematisch, weil Balke viele Beschränkungen auf die Entwicklung der Atomkraft einführte. Während der frühen 60er Jahren änderte der Atomminister seine Meinung über die zivile Nutzung der Atomkraft, hauptsächlich weil er an ein zweites Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik glaubte, das von der Atomkraft unterstützt werden sollte. Die Umstände erinnern an das

Wirtschaftswunder und die Energiekrise um die Mitte der 50er Jahre, und deshalb 1962 kamen die Pläne eines Demonstrationskernkraftwerks im bayerischen Gundremmingen hervor, das von dem aufdringlichen Energiekonzern RWE gefördert wurde. Die Atomkraft wurde ein Schutznetz für die Regierung und die musste sofort aufgebaut, denn ein Rücktritt in der Wirtschaft könnte vor allem nicht geschehen.

Es steht nicht fest warum die Pläne für das Demonstrationskernkraftwerk hastig von der Atomkommission genehmigt wurden, aber man kann vermuten, dass es mit der angeblichen dringlichen Energiekrise zu tun hatte, die von der Kommission als eine Art Ausrede zur Verfügung stand. In Wirklichkeit war es höchstwahrscheinlich eine Mischung aus Aufdringlichkeit auf Seiten des RWE Konzerns und dem Anspruch des Bundeskanzlers wieder in den wirtschaftlichen Weltwettbewerb einzutreten. Schon früh in der Geschichte der Atomkraft sehen wir die miteinander verbundene Beziehung zwischen Energieversorgungsunternehmen und Regierung, das später die Atomlobby ausmachen wird. Auf jeden Fall wurden die Pläne für das Kernkraftwerk erst 1963 genehmigt und wurden teils vom US-amerikanischen EURATOM Programm finanziert. Die Pläne wurden von den Einheimischen negativ aufgenommen, und im Laufe des Jahres 1963 entstand eine Besorgnis unter den Bürgern um eine mögliche Verschmutzung des Trinkwassers wegen des genehmigten Baus des Reaktors. Die „Notgemeinschaft Atomkraftwerk Gundremmingen-Öffingen“, eine Bürgerinitiative mit Sitz in Nürnberg, fing sofort an, gegen den Bau zu protestieren. Der Widerstand wurde aber mit Geldern von der Atomkommission zur Verstummung gebracht, was oft der Fall bei lokalen Widerständen war. (Radkau *Aufstieg und Krise* 441) Die Initiative ist ein klassisches Beispiel einer NIMBY-Bewegung, die noch häufiger im ganzen Land zu finden sein

sollte. Während der frühen 60er Jahre gab es mehrere Kernkraftwerksvorschläge wie das Demonstrationskernkraftwerk in Gundremmingen, die zum späteren Aufbau von kommerziellen Kernkraftwerken in Stade und Obrigheim führten. Da es mehrere Fälle des lokalen Widerstands gegen die Atomkraft gab, begann unbeabsichtigt eine größere nationale Bewegung mit ähnlichen Gefühlen und Sorgen zu entstehen, da mehrere Bürger sich von den Risiken der Atomkraft bedroht fühlten.

Wenn wir in die westdeutschen Proteste der 60er Jahre, 70er Jahre und frühen 80er Jahre übergehen, bleibt eines bestimmt klar; ein Großteil der Atomkontroverse könnte auf die Funkstille zwischen Bürgern und Regierung zurückzuführen sein. Ihrerseits wiederum wurden die Bürger nicht in die Atomentwicklung eingeweiht, deren Bearbeitung aber besonders bedeutungsvoll für alle ist. Auf diese Art und Weise sind die Ziele der Anti-Atomkraftbewegung, obwohl einzigartig in ihrer Art, gleichzusetzen mit anderen Bewegungen dieser Zeit, denn ganze Studentenbewegungen fanden auch in der Bundesrepublik statt. Dieser Zeitraum war schließlich extrem unruhig und unstabil in der Bundesrepublik, und das Wort Protest war nun in aller Munde.

## Kapitel II

### Einstieg in den Ausstieg

*Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass alle andern auch nicht mehr mitmachen.*

-Ulrike Meinhof

Der Dialog zwischen den Bürgern und der Regierung verbesserte sich während der Zeit der Ausbreitung von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik nicht. Auf der einer Seite versuchte die Regierung mit solcher Ausbreitung den Engpass wegen der Ölkrise Im Jahre 1973 zu erleichtern, und auf der anderen Seite standen die Bürger, die die geplanten gefährlichen Atomkraftwerke nicht vor ihren Haustüren wollten. Weder die Bürger noch die Regierung wollten die andere Seite erkennen. In diesem Kapitel wird diese Beziehung zwischen Bürgern und Regierung im Laufe der Anti-Atomkraftbewegung analysiert. Die Werte von beiden Seiten sind sehr akkurat in Günther Schwabs Roman „*Der Tanz mit dem Teufel*“ beschrieben, aus dem ich die angesprochenen Tendenzen herausarbeiten werde. Als Beispiele dafür, wie die Werte die Anti-Atomkraftbewegung beeinflussen, werden die Proteste in Wyhl und Brokdorf benutzt, denn sie zeigen eine klare Entwicklung in den Protestmethoden. Die Anti-Atomkraftbewegung führte auch tatsächlich zur politischen Repräsentation in Gestalt einer neugegründeten Ökopartei, die die Ideen der Demonstranten vertrat. Diese Bestandteile bereiteten den Weg für die nächste Phase der deutschen Atomgeschichte im Jahre 1986, aber zuerst einmal widme ich mich den 60er Jahren und ihrer atomaren Geschichte.



## **Die Anti-Atomkraft Bewegung**

Die Kombination von besorgten Bürgern, wachsenden Bürgerinitiativen und einer allgemeinen Sorge ums Wohlbefinden der Menschheit förderte 1968 die Entstehung einer inoffiziellen, vereinigten Anti-Atomkraftbewegung. Diese Besorgnis um den Schutz des Lebens wurde zum Hauptthema der Bewegung. Unter diesem Thema tauchten unter den NIMBY-Demonstranten eine Reihe von verwandten Themen auf, zum Beispiel die Sorge um Lebensmittelqualität. Solche Sorgen wurden nicht direkt von der Regierung anerkannt, denn die Lösung der Energiekrise durch Atomkraft stand an erster Stelle (Roose 80). Während dieses Stadiums der Bewegung griffen die betroffenen Bürger auf ein schon früheres Werk vom österreichischen Schriftsteller Günther Schwab zurück, das zum Mantra der Bewegung wurde.

## ***Der Tanz mit dem Teufel* und dessen Einfluss auf die Werte einer jungen Bewegung**

In seinem 1958 erschienenen Roman „*Der Tanz mit dem Teufel*“ sind solche Sorgen um die Atomkraft angesprochen, und Schwabs Text erklärt zum ersten Mal auf eine klare Art und Weise die Gefahr der Atomkraft. Der Roman deckte insgesamt eine Menge Umweltprobleme neben der Atomkraft auf, die immer noch anwesend sind, und fast 50 Jahre nach der Veröffentlichung des Romans sind die Vorhersagen Schwabs auf eine unheimliche Weise akkurat. Zuerst aber wurde der Roman mit gemischten Gefühlen unter den Lesern aufgenommen, hauptsächlich weil Schwab ein ehemaliges Mitglied der NSDAP war. Zusätzlich zu seiner NS-Vergangenheit war Schwab auch ein selbst gelernter Gen-Biologe. Durch seine klare Lesbarkeit traf der Text allerdings den richtigen Ton, und deswegen verlor Schwabs Vergangenheit an Bedeutung. Was vielleicht am

wichtigsten ist: Schwabs Schreibstil spricht mit seinem religiösen Unterton den Otto-Normalbürger mehr als nur gebildete Menschen an, obwohl der Autor selbst Wissenschaftlicher war.

Schwabs Roman handelt von einer Begegnung mit dem Teufel, der als Vertreter der Großindustrie dargestellt wird. Der Teufel ist der Chef einer abstrakten Industrie, die die Lebensgrundlagen der Menschen zu schädigen versuchte. Der Industrie besteht aus kleineren Abteilungen, die sich jeweils mit einem bestimmten Experiment beschäftigen, zum Beispiel eine Abteilung für Luftverschmutzung oder eine für Krankheit. Eine kleine Gruppe von Ingenieuren, Geschäftsmännern, Professoren und anderen einflussreichen Figuren dürfen den Teufel treffen, wodurch sie die Leiter (Gefolgsleute des Teufels) der verschiedenen Abteilungen kennen lernen. Durch den religiösen Unterton, d.h. durch die Anspielung auf den Teufel, konnte Schwab seinen Standpunkt dem deutschen Publikum klarstellen, denn solche christlichen Werte konnten für die Betroffenen das Wort leichter in die Tat umsetzen. Die deutsche kollektive Erinnerung kennt die Faust-Metapher, denn Faust verkauft den Teufel seine Seele. Schwab benutzt diese Metapher um die angesprochenen Umweltprobleme mit den Werten der Mehrheit gleichzusetzen und ihre Vordringlichkeit auszudrücken. Dies könnte den Erfolg des Romans unter der Anti-Atomkraft Bewegung erklären, denn Schwabs Vorhersagen der Umweltzerstörung wurden unter ihnen sehr ernst genommen. Abgesehen davon kritisiert Schwab scharf die Ausbreitung von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik. Eines der letzten Kapitel beschäftigt sich mit den Gefahren der Atomkraft und spielt klar auf die häufigen Sorgen der Bewegung an, zum Beispiel die schnelle und unsichtliche Ausbreitung der Radioaktivität.

In diesem Kapitel lernen wir den Atomteufel kennen, der als einer der allerschlimmsten Teufel dargestellt ist. Schwab betont in diesem Kapitel ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit, insbesondere in Bezug auf die Radioaktivität. Er gibt den Wissenschaftlern die Schuld an der Ausbreitung von Kernenergie, denn er hielt die Wissenschaft für den Untergang der Menschheit verantwortlich. Abgesehen davon sieht Schwab die Wissenschaftler als die schlimmste Art von Teufel an, und diese Ansicht lässt sich in einem Gespräch zwischen Satan und dem Atomteufel Stiff erkennen;

The scientists have lost control over atomic power. „I know,” said the Devil. “Unfortunately the papers mentioned the matter... In any case the after-effects are obviously incapable of any control whatever.” “Go on.” said the Engineer. “During the (American atomic bomb) explosions (in the Bikini Islands), pigs, monkeys, goats, dogs and mice were placed at varying distance from the explosion. Measuring instruments were inserted into their bodies, so that radiation could be measured...” Stiff the atomic devil was silent for a little. This caused the Devil to raise his head and look at him questioningly. “What’s the matter?” he asked. Stiff hesitated before Satan. „Boss,“ he said, „I’m a devil, but when I saw that I was almost ashamed of myself.” Satan burst out, “Ashamed why?” “What a wretched, ridiculous creature I am compared with these atomic scientists.” “They’re a thoroughly efficient lot, Stiff...” (208-209)

Schwab benutzt eindringliche Rede für seine konservative Weltanschauung, wenn er die Atomwissenschaftler auf teuflisch beschreibt, höchstwahrscheinlich weil er über ihre Untersuchungen Empörung empfindet (Kupper 12). Auf der einen Seite scheint diese Rhetorik widersprüchlich zu sein, denn Schwab befürwortet oft die Entwicklung der Eugenik, die natürlich eine sogenannte Wissenschaft darstellt. Auf der anderen Seite aber ist diese Beschreibung der Wissenschaftler mit dem konservativen kulturellen Pessimismus der Öffentlichkeit verbunden, der zu dieser Zeit besonderes stark geprägt war, denn die Deutschen gehen nicht gerne Risiken ein. Auf jeden Fall ist es interessant, wie er die Wissenschaft in diesem Zitat als fremdes Objekt darstellt. Dieses Objekt hat

keinen Raum im natürlichen Menschenleben, und es kann nur durch äußere Kräfte eingesetzt werden. Schwab stellt diese unnatürliche Beziehung bildlich und drastisch dar, indem er das Bild von Labortieren mit Strahlenmessinstrumenten in ihren Körpern benutzt, die in ihrem Körper fremd sind. Schwab legt vor, dass die Experimente der Wissenschaftler die Menschlichkeit übertreffen. Das Thema von wissenschaftlicher Fremdheit wird auch in einem späteren Werk im Jahr 1986 von Christa Wolf „*Störfall: Nachrichten eines Tages*“ angesprochen, das auch in dieser Arbeit analysiert wird. Im Gegensatz zu Wolf, deren Werk vom Atomunglück in Tschernobyl handelt, benutzt Schwab die Ereignisse von den mikronesischen Atoll-Bikini Inseln, die zwölf Jahre vorher von der US-amerikanischen Atomkommission als Testgelände einiger Atombomben heftig verseucht wurde, als Beispiel eines atomaren Untergangs. Die verseuchten Meere führten allerdings zu verseuchtem Meeresleben, das mehr als ein Leben lang verseucht bleiben könnte. Die Inseln passen sowohl zum postapokalyptischen Bild vom Leben nach der Atombombe als auch zum religiösen Unterton, denn man könnte diese pazifischen Inseln leicht als ein zerstörtes Paradies sehen. Die Menschen werden aus dem Paradies vertrieben, weil die Wissenschaft es selbst mit der Atombombe und deren Nachwirkungen verdarben. Die Wissenschaftler werden als unmenschlich dargestellt, denn wer wollte das Paradies absichtlich zerstören? Vielleicht widerspiegelt dieses Bild den kulturellen Pessimismus der Zeit, der die wissenschaftliche Neugier missbilligt. Auf jeden Fall trennt Schwab den wissenschaftlichen Bereich – einschließlich der politischen Elemente – von den Menschen und steht vollständig auf der Seite der „unschuldigen“ Menschen, während die Seite der Wissenschaftler als unmenschlich, unerreichbar, und teuflisch scheint.

Auf diese Weise versucht Schwab, selbst ein Genbiologe, den Normalbürger in Angst zu versetzen, weil Unklarheit und Ungewissheit die Atomkraft umkreisten. Die Risiken der Atomkraft, hauptsächlich der Radioaktivität, waren während der späten 60er Jahren sehr umstritten, und die Unklarheit der Strahlung wurde später in den Medien oft hochgespielt. Schwab scheint besonders mit dem undeutlichen Wissen über Radioaktivität beschäftigt zu sein, und vielleicht aus gutem Grund. Schwabs apokalyptische Darstellung der Spätfolgen der Radioaktivität ist vielleicht der Grund, warum der Roman zum wesentlichen Teil der späteren Anti-Atomkraftbewegung wurde und seine Sorge ums Wohlbefinden der Menschen wirkte sich tatsächlich auf die bürgerliche Seite auswirken.

### **Der Ökofeminismus in der Anti-Atomkraft Bewegung**

Die Auswirkungen der unsichtbaren Radioaktivität brachten für diese Generation schlechte Erinnerungen an Krieg, Krankheit und Verseuchung hervor. Schwab sprach diese Nachwirkungen der Radioaktivität auch sachlich an, indem er Hinweise auf den Anstieg von biologischen Mutationen in neugeborenen Kindern, allgemeine Krebserkrankungen und verseuchtes Essen vorlegt. Der Anstieg von Krankheiten betrifft besonders die Frauen, die anfänglich mehr Sorgen um die Atomkraft als Männer äußerten. Eine Studie vom Atomministerium aus dem Jahr 1959 über die allgemeinen Einstellungen der Bürger gegen die Atomkraft zeigte schon, dass die Frauen deutlich besorgter als die Männer waren (Radkau *Aufstieg und Krise* 435). Frauen haben tendenziell lautstärker gegen Umweltverschmutzung protestiert, und daraus entstand der Ökofeminismus. Der Begriff wurde erst später im Jahre 1986 von der Aktivistin Vandana

Shiva geprägt, die einen Roman über den Aufstieg von indischen Bauersfrauen gegen Landverschandelung schrieb. In einer patriarchalischen Gesellschaft, wo der Patriarch traditionell sowohl offizielle als auch inoffizielle Entscheidungen trifft, ist die Umwelt unter anderem abhängig von der Zerstörung und Ausbeutung der Männer. Auf der anderen Seite steht die Frau, die wegen der Geburt, Menstruation und des Stillens traditionell im Einklang mit der Natur ist (Birkeland 18). Die Frau ist auch von patriarchalischer Unterdrückung betroffen, und wird deswegen mit der Natur gleichgesetzt, die ebenfalls von Männern kontrolliert wird. Der Ökofeminismus bietet verschiedene Antworten auf die Ursachen des bereitwilligen Aktivismus von Frauen an, der eine wichtige Rolle während der Gründerzeit der Anti-Atomkraftbewegung spielte. Ein Grund mag gewesen sein, dass ihre „Mütterlichkeit“ und „Vorsorge“ eine Art natürlicher Widerstand erzeugten. Viele von den Frauen waren doch Mütter, die vor allem die Sicherheit ihrer Kinder als Priorität hatten. Als der Streit um die atomare Gefahr losbrach und die möglichen Nachwirkungen der Atomkraft veröffentlicht wurden, wurden Mütter um die Zukunft ihrer Kinder besorgt. Ganz abgesehen davon löste der mögliche Anstieg von Unfruchtbarkeit und Kinderkrankheiten, die auch von Schwab in seinem Roman erwähnt wurden, eine gewisse Panik aus. Dies heißt nicht, dass Väter nicht auch um das Wohlbefinden ihrer Kinder besorgt waren, aber wegen der traditionellen Geschlechtsrollen der Zeit hatten sie weniger Zeit auf die Straße zu gehen. Während des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik blieben mehrer Frauen zu Hause, und der Haushalt wurde wieder ihr Bereich. Dieser letzte Punkt führte zum zweiten Grund, der als Antwort auf die weibliche Tätigkeit in der Bewegung gilt. Die Männer während dieser Zeit konnten die Arbeit nicht leicht verlassen, insbesondere Handwerker und Bauern,

deren Wohlstand von ihnen abhängig war. Statt der Männer gingen ihre Frauen auf die Straße, um ihre Meinung zu äußern. Interessanterweise „waren vor allem Winzer- und Bauersfrauen daran beteiligt, sei es, dass sie mutiger waren, sei es, dass ihre Männer zu dieser Zeit auf dem Feld arbeiteten“ (Engels 114). Dieses Zitat spricht das Engagement der Frauen aus einer ökofeministischen Perspektive an. Dieses Auftauchen der besorgten Frauen erinnert an Schwabs Voraussage, und daraus könnte ein Fazit gezogen werden: die weiblichen Stimmen sind von Dauer. Diese Tendenzen des Ökofeminismus werden später in Bildern aus Wyhl näher angeschaut, wo die Frauen 1968 zum ersten Mal selbst den Protest anregten.

### **Der Anfang des atomaren Widerstands**

1968 war das Jahr, in dem alles gleichzeitig passierte, denn es war der Höhepunkt der westdeutschen Studentenbewegung, die Spitze des Kalten Krieges und die Zeit der rapiden technologischen Entwicklung. Die Studentenbewegung heizte die jüngere Generation an, die die Glaubwürdigkeit der älteren Generation in Frage stellte. Protest und Widerstand waren häufige Vorkommnisse, wobei gegen verschiedene Unrechte protestiert wurde. Die Umweltbewegung zu dieser Zeit war im Vergleich zu anderen Bewegungen aber einzigartig, weil es eine viel größere Vielfalt an Menschen gab, die sich von ihr betroffen fühlten. Die Bilder, Videos und Reportagen aus dieser Zeit, insbesondere die, die die Anti-Atomkraftproteste umgeben, zeigen eine generationsübergreifende Vielfalt von Teilnehmern. Eigentlich fing die Anti-Atomkraftbewegung nicht mit einer Gruppe von Studenten an, sondern mit einer Gruppe von empörten Winzer- und Bauersfrauen aus der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl, die um

ihre Weinanbaugebiete besorgt waren. Anders als die früheren NIMBY- Bewegungen aber entwickelte sich der Aufstand der Winzerfrauen zu etwas Größerem. Dies zukünftigen Proteste gegen die Atomkraft übertrafen ihre Vorgänger, indem sie zu überregionalen Angelegenheiten anwuchsen. Die Bauprojekte der Atomkraftwerke in Wyhl und Brokdorf sind gute Beispiele für diese Veränderung des Anti-Atomkraftprotests.

### **Die Proteste in Wyhl am Kaiserstuhl**

Der Protest gegen das geplante Atomkraftwerk in der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl fing 1972 mit den schon erwähnten einheimischen Bürgerinitiativen an. Wie vorher erwähnt bestand der erste Widerstand hauptsächlich aus Winzern, die wegen der erhöhten Luftfeuchtigkeit als Ergebnis von den Reaktortürmen um ihren Weinanbau besorgt waren (Engels 108). Der Protest wurde aber zu einer größeren Bewegung, als die Pläne des Atomkraftwerkbaus die Universität in Freiburg erreichten, wo sofort Engagement entstand. Die Studenten waren auch teils betroffen, weil die Anlage nur 30 km nördlich der Stadt Freiburg gebaut werden sollte. Die Studenten vereinigten sich mit den Bürgern der Gemeinde, um das Bauprojekt zu verhindern. Der Umwelthistoriker Frank Uekötter beschreibt die Entstehung des Widerstands in Wyhl als eine Mischung „der Sorge der Anwohner mit dem studentischen Milieu der Freiburger Universität, die die Kernkraft zum ersten Mal grundsätzlich infrage stellte“ (*Am Ende der Gewissheiten* 160). Diese generationsübergreifende Zusammenarbeit deutet auf die Dauerhaftigkeit der Bewegung hin, denn alle Generationen waren von der Auswirkungen der Atomkraft betroffen. Die Bilder aus Wyhl widerspiegeln diese Mischung, denn sie zeigen Bürger jeden Alters auf



der Straße. Mit diesen Bildern bekommt man auch ein besseres Verständnis der Art der Sorgen der Bürger um die Kernkraft. Typische Aussage auf den Protestplakaten zeigen eine Reihe von Problemen, um die die Bürger besorgt waren. Ein Bild aus einem späteren Protest gegen Wyhl in Freiburg zeigt eine Menge von alten Frauen, deren Schilder einen Schutzplan im Fall einer Katastrophe fordern (Landesarchiv StAF W 134). Dieses Bild, das sowohl fliehende Kinder als auch ein Atomsymbol zeigt, unterstützt die ökofeministische Ansicht, dass Mütterlichkeit als ein Mittel für den Aufstand gegen die Zerstörung der Umwelt fungieren könnte. Ein anderes Bild von einem bunt gemischten Protest spricht das Thema „Heimat“ an; ein Protestplakat lautet, „Wir lassen unsere Heimat nicht schänden: kein KKW kein Bleiwerk“ (Landesarchiv StAF W 134). Die Wortwahl auf diesem Plakat ist besonders interessant, weil viele der Deutschen zu dieser Zeit sich mit der Idee des „*Heimatschutzes*“ auseinander zusetzen versuchten. Der Heimatschutz deutet auf die Tendenzen im dritten Reich, und der Begriff wurde allerdings dadurch vorbelastet. Auf jeden Fall wurde die Umweltverschandlung wegen des Atomkraftwerks ein wichtiger Gegenstand unter den Demonstranten. Auf der anderen Seite allerdings gab aber auch Teil der Bevölkerung, die die Atomkraft als wirtschaftlichen Gewinn betrachteten.

Ein großer Teil der Gemeinde in Wyhl befürwortete den Aufbau des Werkes. Solche Bürger erkannten die wirtschaftlichen Vorteile des Atomkraftwerks an, die für sie gegenüber der Gefahr überwogen. Deshalb wurde es das erste Ziel der Anti-Atomkraft Bewegung, diese Kluft in der Gemeinde durch einen Informationsaustausch zu überbrücken. Während der Mitte der 70er Jahre wurden die Pläne des Atomkraftwerks von der Landesregierung mit Hilfe des Bürgermeisters in Wyhl genehmigt. Die

Genehmigung trieb mehrere Proteste an und das zweite Ziel der Bewegung war es, den Verkauf des Landes zu verhindern. Obwohl viele Bürger hinter diesem Ziel standen, versagte die Gruppe und das Land wurde 1975 an die Kernkraftwerk Süd GmbH verkauft. Dieser Verkauf führte zu einer neuen Strategie in der Bewegung, nämlich einer Platzbesetzung, damit kein Bau auf dem Land stattfinden konnte. Obwohl ein Jahr nach dem ersten Protest hörte die Gruppe von Studenten, Anwohnern und anderen Betroffenen, unter ihnen eine Menge Frauen, nicht auf zu protestieren. Dieses Engagement führte zu einem der größten Proteste bis dahin, an dem fast 25.000 Menschen teilnahmen. Diesen Protesten begegnete die Polizei mit Eingriffen, und diese Zeit wurde für sowohl die Demonstranten als auch die Polizei schwer, denn es gab während dieser Proteste viel Gewalt.

Während dieser Zeit wurde der neuentstandene Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, oder BBU bei der Organisation von Protestgruppen tätig (Mewes 55). Der BBU half hauptsächlich bei der Verbreitung der Anti-Atombotschaft, die nun auf nationaler Ebene präsentiert wurde. Der Widerstand entwickelte sich innerhalb von zehn Jahren vom Widerstand einiger Winzerfrauen zu einem nationalen Protest gegen den geplanten Bau in Wyhl. Die Proteste in Wyhl dauerten fast ein ganzes Jahrzehnt an, bis ein Gespräch mit der Landesregierung stattfinden konnte.

Im Fall Wyhl gab es schließlich zum ersten Mal einen Kompromiss zwischen den zwei Parteien, der beiden Seiten Zeit zum Überlegen gab. Dieser Kompromiss wurde am Ende der 70er Jahre geschlossen und er besagt, dass das Bauprojekt bis in die früheren 2000er Jahre aufgeschoben werden sollte (Engels 120). Um die Energieversorgung aufrecht zu halten, sollte ein anderes Atomkraftwerk anderswo in der Bundesrepublik das

Werk in Wyhl ersetzen, denn am Ende zog es die Regierung vor, den westdeutschen Lebensstandard erhalten. Wie der Teufel in Schwabs Roman behauptet: „Es lebe der Lebensstandard“! Der Kompromiss, obwohl er dem Motto „Kein AKW in Wyhl und auch anderswo“ widersprach, war für die Demonstranten erfolgreich, denn das Jahr 2000 lag über zwanzig Jahre in der Zukunft. Warum die Landesregierung den ganzen Bau nicht aufgab, war höchstwahrscheinlich eine politische Überlegung, denn eine solche Niederlage wollte die Regierung nicht zugeben. Zum ersten Mal hatten die Demonstranten den Bau eines Atomkraftwerkes verhindert. Obwohl Wyhl unter vielen Umwelthistorikern für einen der größten Erfolge der Umweltgeschichte gehalten wird, scheint mir der Protest auch als ein erfolgreiches Sprungbett zu etwas Größerem zu sein. Dieser Konflikt zwischen der Regierung einerseits und den Demonstranten andererseits änderte sich während dieser Zeit, indem er auf eine politische Ebene gebracht wurde, das heißt, eine politische Basis entstand für die Anti-Atomkraftbewegung, die die Dynamik des späteren Protests gegen den Atomkraftwerkbau in Brokdorf radikal beeinflussen sollte.

### **Eine Meinung im Bundestag: Ökofreundliche Politik**

Zwischen den Protesten von Wyhl 1972 und den späteren Protesten in Brokdorf 1981 ist eine Art politische Basis zur Hilfe gekommen. Schon früh in der Politik stand die CDU/CSU auf der Seite der Atomkraft, während die SPD Partei traditionell dagegen war, auch wenn noch keine Partei offiziell den Umweltschutz befürwortete. Es existierte zu dieser Zeit nur der BBU, aber der beschäftigte sich hauptsächlich mit der Organisation der Bürgerinitiativen. Obwohl der BBU notwendig für die Bewegung war, hatte er

eigentlich keine politische Macht (Mewes 56). Als die Umweltprobleme wegen des aussteigenden industriellen Bedarfs wuchsen, entstanden in der späten 70er Jahren einige links-radikale Gruppen, die sich diesen Probleme widmeten. Viele von diesen links-radikalen kamen aus der Anti-Atomkraftbewegung und der Bürgerinitiative in Wyhl, die sich um die Umwelt große Sorgen machte. Aus dieser Gruppe trat eine dynamische Frau hervor, die solche Gespräche über die Umweltsorge anzuführen versuchte. Petra Kelly erkannte die Notwendigkeit von politischer Repräsentation und wurde in den späteren 70er Jahren ein Hauptakteur bei der Gründung der ersten offiziellen westdeutschen Grünen Partei.

Im Vergleich zur SPD sollte diese Partei für den normalen Bürger allumfassend sein; ihre Werte basierten auf den Werten der Friedensbewegung, hauptsächlich der Sorge ums Lebenswohlsein der Öffentlichkeit. Im Gegensatz zur konservativen christlichen Parteien der CDU/CSU versuchten die sozialistischen Grünen, den „kulturellen Pessimismus“ zu bekämpfen, indem sie Themen, vor allem die Gefahr der Atomkraft, ansprachen. Obwohl der Kampf gegen die Ausbreitung von Atomkraftwerken ein Hauptziel war, behaupteten die Grünen, Befürworter von Technologie zu sein, denn ihr erstes Ziel war schließlich ein besserer Lebensstandard für die Menschheit (Mewes 65). Die Ausbreitung der Atomkraftwerke wirkt ihrer Meinung nach gegen diesen Lebensstandard, und als die Grünen 1979 eine anerkannte politische Partei wurden, tauchte das aktuelle Atomgespräch im Parlament auf.

## **Die Proteste in Brokdorf**

Während dieser Gründerzeit der westdeutschen Ökopolitik entstanden 1976 die offiziell genehmigten Pläne für den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Brokdorf, was eine riesige Protestwelle verursachte. Im Vergleich zu den Protesten in Wyhl war die Situation um Brokdorf komplexer. Der Widerstand in Brokdorf zeigte, wie weit die Bewegung auf nationaler Ebene gekommen war. Die Proteste in Brokdorf zeigen auch einen starken Kontrast, denn sie waren oft gewalttätig. Bei den Protesten in Wyhl ging es noch viel diplomatischer als in Brokdorf zu, wo vom Anfang an Polizei im Einsatz war (Karapin 118). Vielleicht waren die Demonstranten in Wyhl deswegen erfolgreicher und vielleicht erkannte das die Landesregierung. Vielleicht war der frühe Einsatz eine Art Vorsorge, damit die Demonstranten in Brokdorf nicht so erfolgreich wie in Wyhl sein könnten, weil die zwei Orte vergleichbar mit einander waren. Roger Karapin fand in seiner Studie über die sozialökonomischen Hintergründe der Teilnehmer bei Brokdorf und Wyhl viele ähnliche Einstellungen. Er fand, dass beide Orte ländliche Agrargemeinden in der Gegend einer Universitätsstadt waren, und dass diese starke Agrarbevölkerung nicht an die Industrialisierung gewöhnt war (122). Diese Einstellung erinnert an Schwabs Ansicht der Wissenschaft als fremdes Objekt, und vielleicht entstanden deshalb die Bürgerinitiativen, als eine Art Widerstand gegen die unnatürlichen Aspekte der Menschheit. Die Bürgerinitiativen aus diesen Orten bildeten die stärksten Proteste der Anti-Atomkraftbewegung, besonderes in Brokdorf. Die Frage bleibt aber; warum wurden die Brokdorf Proteste so gewalttätig?

Als die Proteste in Brokdorf wuchsen, änderten sich die Demonstrationen, denn einen neuen gewalttätigen Trend setzte ein. Schon früh in diesem Stadium waren die Proteste viel größer, und bei einem ein Protest im Jahre 1977 gab es rund 30.000 Demonstranten (Karapin 120). Eine Reihe von gewalttätigen „Autonomen“ tauchten bei den Protesten auf, an denen demographischerweise weniger Frauen, Konservative, und ältere Demonstranten teilnahmen, hauptsächlich deshalb, weil es ihnen zu wild wurde. Auf jeden Fall brachte die Gewalt der Bewegung überregionale Aufmerksamkeit in der Presse. Die Bilder von Brokdorf zeigen die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas, die auf die Demonstranten zielten. Der *Spiegel* berichtet besonderes viel von den Protesten, und die polizeiliche Gewalt erregte Anstoß. Während dieser Zeit ging die Rede auch um die Bürgerrechte, denn das Recht sich zu versammeln wurde bei den Protesten bisher umstritten. Die Zukunft der Atomkraft schien auch problematisch zu sein, denn es der Einsatzplan der Regierung schien übereifrig zu sein:

Die Vision ist bedrückend: Im Jahr 2000 produzieren in der Bundesrepublik 65 Großkraftwerke Atomstrom, 30 Jahre später müssen es schon 140 Meiler sein. So jedenfalls würde es binnen weniger Jahrzehnte in Bundesdeutschland aussehen, wenn die Wirtschaft ihren Ausstoß in den nächsten 20 Jahren um jährlich 3,3 Prozent, danach um nur noch 1,4 Prozent steigern würde --Wachstumszahlen, die durchaus den Wunschvorstellungen der Regierenden in Bonn entsprechen. (Spiegel 21/1980)

Die Bundesrepublik scheint ihre Zukunft zu beschleunigen, und ihr Vorausssehen würde negativ von der westdeutschen Öffentlichkeit aufgenommen. Die Demonstranten wurden weiterhin empört wegen der Atomindustrie und Stichwörter wie Vereinheitlichung und Präzisierung tauchten in der Bewegung auf (Spiegel 20/1980). Im Jahre 1981, genau um die Zeit der Entstehung der Grünen als eine Partei, fand ein Protest mit rund 100.000 Demonstranten am Bauprojekt in Brokdorf statt, der bis heute noch als die größte

Demonstration in der Bundesrepublik gilt. Obwohl die Proteste in Brokdorf größer als in Wyhl waren, waren sie am Ende nicht erfolgreich. Schon 1985 war die Kapazität der westdeutschen Kernenergieerzeugung um 17.000 Megawatt, die weniger als die 1974 entworfene Berechnung von 45.000 bis 50.000 Megawatt war (Karapin 121). Als Folge davon ging 1986 das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf ans Netz, genau ein Jahrzehnt nach dem ursprünglich geplanten Termin.

### **Fazit der Geschichte des Kapitels I und II**

Während der 60er, 70er und frühen 80er Jahre wuchs die Anti-Atomkraft- Bewegung von einer Gruppe von Winzerfrauen in Wyhl zu einem Protest mit rund 100.000 Demonstranten an. Der Erfolg der westdeutschen Bewegung wurde überregional mit sogar politischer Basis, und als die Anti-Atomproteste ihre Höhepunkt im Jahr 1986 erreichten, passierte der größtmögliche atomare Unfall erdenklich. Im April 1986 schaute die Welt auf die Ukraine, wo die atomaren Alpträume der Demonstranten verwirklicht wurden. Und als die Strahlenwolke sich über die Bundesrepublik bewegte, tauchte zum ersten Mal ein neues Schlagwort beim Atomgespräch auf: der Ausstieg aus der Atomkraft.

## **Kapitel III**

### **Ausstieg**

#### **Einleitung**

Anders als die zwei früheren Kapitel beschäftigt sich dieses Kapitel mit der politischen Seite der Kernfrage und wie sie sich auf die öffentliche Meinung der Atomkraft auswirkt. Bis dahin konzentrierte sich diese Arbeit auf eher historische Ereignisse der Atomkraft, die den Weg für die nächste Phase der deutschen Atompolitik und -Industrie bereiteten. Die Geschichte der deutschen Atomkraft zeigte allerdings eine Kluft zwischen den Bundesbürgern und ihrer Regierung, und als Folge davon wurde der Öffentlichkeit Anlass zum Misstrauen geboten. Und als die Nachrichten aus der Ukraine der deutschen Öffentlichkeit zu Ohren kamen, musste die Bundesregierung das öffentliche Vertrauen in die Zukunft der Atomkraft wiederherstellen, welches im Frühling 1986 durch das Atomunglück in Tschernobyl erschüttert wurde. Das Unglück im Osten löste eine radioaktive Strahlenwolke über Europa aus, die bei einem Großteil der deutschen Öffentlichkeit eine blanke Angst vor dem Atom auslöste. Der atomare Alptraum von Tschernobyl markiert inoffiziell den Anfang eines graduellen Endes des Atomzeitalters. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahr 2011 stand die friedliche Nutzung der Atomkraft auf dem Prüfstand von Politikern und Bürgern zugleich. Die CDU/CSU-FDP Koalition rettete Mitte der 80er Jahre vorerst das deutsche Atomprogramm, und stellte das öffentliche Vertrauen darin vorübergehend wieder her. Und eine ähnliche Koalition



drehte der Atomkraft im Jahr 2011 schließlich den Rücken zu. Diese Kapitel wird erforschen, wie das überhaupt geschehen ist.

Die CDU/CSU Koalition verhinderte mit ihrer kompromisslosen Beschwichtigung für 25 Jahre den deutschen Ausstieg aus der Atomkraft. Man fragt sich, wie sie das eigentlich schaffte, obwohl es in der Bevölkerung eine wachsende Skepsis an der Sicherheit der Atomkraft gab. Es ergibt sich weiterhin die Frage, wie die CDU/CSU das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherstellen und dann ihre Meinung 25 Jahre später wieder ändern konnte. Warum fördert die CDU/CSU Koalition jetzt nach dem Unfall von Fukushima den Ausstieg und nicht damals nach dem schlimmsten Atomunfall, der je geschehen war? Jetzt, im Jahr 2012, fast ein Jahr nach dem Unglück in Japan, sieht das politische Spektrum in Deutschland völlig anders aus als damals im Jahr 1986/87. Jetzt, wo die Pläne der sogenannten Energiewende langsam realisiert werden, werden die Widersprüche nicht im System an sich erkenntlich. Dabei stellt sich die Frage, wer eigentlich von diesem Ausstieg profitiert. In diesem Kapitel argumentiere ich, dass die CDU/CSU-Parteien letztendlich von dem Ausstieg aus der Atomkraft profitieren werden, und dass sie die Unfälle in Tschernobyl und Fukushima als Instrumente benutzten, um *i)* die Wähler für sich zu gewinnen und, *ii)* das Vertrauen am technologischen Fortschritt, der zum Kern des CDU/CSU-Wirtschaftsanspruchs wurde, wiederherzustellen.

Dieser Vorwurf wird von einer Analyse der politischen Manöver der CDU/CSU-Regierung der letzten 25 Jahre unterstützt, in der Annahme, dass ihre Entscheidungen sowohl im Jahr 1986 nicht auszusteigen als auch im Jahr 2011 den Ausstieg einzuleiten, ausschließlich auf der Erfüllung der politischen Bedürfnisse basiert sind. Wenn ihr widersprüchliches Handeln der letzten 25 Jahre dargelegt ist, dann zeigt es sich, dass es

eigentlich um den Eigennutz ihrer Partei geht, und nicht um die Einschätzung von möglichen Risiken. Das inkonsequente Handeln der CDU/CSU-Regierung wird im Laufe des Kapitels aufgedeckt. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit nach dem Unglück in Tschernobyl. Dieser Teil zeigt die Wichtigkeit der möglichen Risiken der Atomkraft für die Öffentlichkeit, und er illustriert weiter, was sie von der Regierung erwartete, nämlich eine Neueinschätzung des deutschen Atomprogramms. Der zweite Teil des Kapitels konzentriert sich aufs politische Manöver der CDU/CSU, besonders in der Zeit zwischen Tschernobyl und Fukushima. Darauf baue ich mein Argument auf, dass die Merkel-Regierung tatsächlich die Situation in Fukushima als ein politisches Gewicht benutzt, um das Vertrauen wiederherzustellen.

Um die Argumente zu untermauern, benutze ich Artikel als eine Einsicht in die Politik und öffentliche Meinung der vergangenen 25 Jahre aus dem *Spiegel*, der trotz seiner linken Tendenzen wichtige objektive Information enthält. Politische Werbespots, Parlamentsdebatten und Wahlprogramme der Parteien werden weiterhin analysiert, damit ein Einblick in die politischen Strategien und in die Themen der Wahlkämpfe gewonnen werden kann. Die Texte von Christa Wolf, Klaus Traube, Ulrich Beck und Sascha Adamek werden außerdem zur Unterstützung meiner Thesen hineingearbeitet. Als soziologische Theorie werde ich Ulrich Becks Theorie der Risikogesellschaft auf meine Thesen anwenden. Der erste Teil dieses Kapitels konzentriert sich auf die öffentliche Reaktion auf die Unfälle in Tschernobyl und Fukushima. Darauf baue ich das Argument auf, dass die CDU/CSU die Situation in Tschernobyl zu ihrem eigenen Vorteil herunterspielte.

### ***Die Risikogesellschaft von Ulrich Beck nach dem Unfall in Tschernobyl***

Der Bereich der Risikoanalyse ist nicht neu in der Atomdebatte. Als Ulrich Beck wenige Wochen nach dem Unglück in Tschernobyl seine Arbeit über die Risikogesellschaft im Jahre 1986 veröffentlichte, wurde sein Text wirklich umgewertet, denn er schrieb theoretisch über eben solche Unfälle. Die Ereignisse von Tschernobyl waren tatsächlich ein gutes Beispiel für das Funktionieren einer Risikogesellschaft. Obwohl Beck hauptsächlich argumentiert, dass die Welt von Technologie bedroht wird, wende ich nur sein Modell der sozialen Konstruktion auf meine These an. Der Austausch von Information unter den verschiedenen Akteuren in der Gesellschaft gibt uns ein konkreteres Bild der Rolle der CDU/CSU während dieser 25 Jahre zwischen Tschernobyl und Fukushima.

Becks Theorie zufolge besteht die westdeutsche Gesellschaft aus vier Hauptakteuren, den Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten und Aktivisten, neben der Öffentlichkeit, die separat von den vier Hauptakteuren steht. Die politischen Akteure sind alle Politiker, aber in diesem Fall die Regierung beziehungsweise die CDU/CSU - Koalition der späten 80er Jahre mit Helmut Kohl als Bundeskanzler. Diese politischen Akteure haben die Macht über das Maß des Informationsaustausches, und sie entscheiden, wer von den anderen Akteuren an den Informationsaustausch teilnehmen darf (natürlich ist das System demokratisch und auf keinen Fall totalitär, denn die Politiker werden gewählt). Dieser Wechsel ist auch direkt nach Tschernobyl zu sehen, als die Bundesregierung Informationen aus anderen Ländern, und von inländischen Wissenschaftlern und Geschäftsführern erhielt. Egal ob dies Information über die

Auswirkungen des Unglücks oder nur ein Bericht über den Zustand der westdeutschen Reaktoren war, es ist die Verantwortung der Regierung, die Risiken der ankommenden Information einzuschätzen. Wenn die Risiken zu groß sind, dann entscheidet die Regierung, ob sie der Öffentlichkeit die Ergebnisse eröffnen sollte. Die Öffentlichkeit ist auf eine Art hilflos, denn sie erhält ihre Information von den Medien, die kurz nach dem Unglück in Tschernobyl ihre Information nur von der deutschen Regierung bekommen konnte. Die CDU/CSU-Koalition unter Helmut Kohl entschied die Situation herunterzuspielen und die Risiken der Atomkraft zu verharmlosen, um das deutsche Atomprogramm zu bewahren. Die Belege, die diese Theorie des Handelns untermauern, werden später im Zusammenhang mit dem politischen Manöver besprochen.

Das Risiko der Atomkraft gehört zu Becks Konzept des *Nichtwissens* oder der Unfähigkeit eine Ungewissheit einzuschätzen. Gewissenmaßen handelte die westdeutsche Regierung nach Tschernobyl mit einem bestimmten *Nicht-Wissen-Wollen*, das zum Bereich des *Nichtwissens* gehört (Beck, *World at Risk* 4). Nach Fukushima und dem Moratorium aber zeigt sich eine Art Anerkennung der Risiken auf Seiten der Regierung, aber die rasche Entscheidung bringt wieder andere Risiken mit sich. Deshalb steht die CDU/CSU Regierung heute hauptsächlich wegen ihrer Richtungsänderung der Atompolitik in einer Grauzone, denn sie widerspricht ihrer früheren Einschätzung der Risiken, die noch gerade vor der Katastrophe in Fukushima als rechtmäßig vertretbar galten.

Die deutsche Öffentlichkeit andererseits ist wirklich einzigartig in Bezug auf die Atomkraft. Im Gegensatz zur Öffentlichkeit in Becks Gesellschaft, die nur als Opfer der Risikogesellschaft dargestellt ist, sind die Deutschen extrem vorsichtig und aktivistisch.

Abgesehen davon sind sie auch Menschen, die der Sicherheit ihrer Familien Vorrang einräumen. Ihre Reaktion auf das Unglück in Tschernobyl widerspiegeln sowohl ihre Besorgnis um die Familie als auch das Bedürfnis zur Normalität zurückzukehren. Im Großen und Ganzen ist es wichtig ihre Reaktionen zu verstehen, da die Politiker die öffentliche Meinung zu ihrem Vorteil benutzten.

### **Die öffentliche Einstellung zur Atomkraft**

Die öffentliche Meinung über Atomkraft ist sehr vielseitig. Auf der einen Seite ist ein Großteil der Bevölkerung schon seit den frühen 50ern Jahren skeptisch gegenüber der Atomkraft eingestellt. Auf der anderen Seite aber baute die Bundesregierung ein starkes Vertrauen in die Atomkraft auf, so dass viele Bürger sich damit abfanden. Obwohl die Gründe für die Besorgnis sich im Laufe der letzten 25 Jahre ständig veränderten, blieb eine Mehrheit der Bevölkerung skeptisch gegenüber der Atomkraft. Mit dem Vorsorgeprinzip als treibende Kraft waren viele Deutschen nicht bereit, das Risiko, das mit der Nutzung der Atomkraft einhergeht, einzugehen. Trotz der negativen Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Zukunft der Atomkraft in der Bundesrepublik erreichte die CDU/CSU-FDP-Koalition es, die besorgten Bürger zu beruhigen. Das zeigt sich darin, dass die CDU/CSU-FDP-Koalition trotz der öffentlichen Protestwelle und des Verschweigens der Regierung bei den Bundestagswahlen 1987 wieder gewählt wurde. Um dieses Ergebnis zu verstehen, müssen wir genau die öffentliche Meinung sowie die politischen Manöver studieren, die während des Wahlkampfes angewandt wurden.

## **Die öffentliche Reaktion auf Tschernobyl**

Eins der am meisten diskutierten Probleme nach dem Unglück in Tschernobyl war das Gefühl der Hilflosigkeit der Bevölkerung, das aus einem Mangel an Information und Erkenntnissen stammte. Plötzlich nach Tschernobyl änderte sich die Alltagssprache der Bundesbürger. Man musste auf einmal neue Vokabeln lernen, die in den Medien auftauchten, um das Geschehen zu begreifen. Neue Arten von Gesprächen entsprangen innerhalb der Bundesrepublik, und Tschernobyl war in aller Munde. „Tschernobyl ist wirklich nicht überall“, schreibt der Frankfurter Rundschau, „Aber nach der Katastrophe von Tschernobyl ist vieles anders. So müssen wir uns mit neuen Vokabeln vertraut machen, die bisher nicht zu unserem Alltags-Wortschatz gehörten: Gammadosisleistung, Störfallgrenzwert, Dekontamination, Ganzkörperdosis“ (5. Mai 1986). Die DDR-Autorin Christa Wolf spricht diese Verwirrung in ihrer Erzählung *Störfall: Nachrichten eines Tages* an, die kurz nach dem Unglück im Jahr 1986 in der DDR, dann noch später in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde.

Wolfs Erzählung zeigt die blanke Angst der Öffentlichkeit vor den unbekanntem Auswirkungen des Atomunglücks. Sie kontextualisiert die Situation des normalen Bürgers für die Leser heute, denn sie widerspiegelt ihre allgemeine Besorgnis. Obwohl die Erzählung aus der Perspektive einer ostdeutschen Ich-Erzählerin erzählt wird, ist ihre persönliche Verwirrung grenzübergreifend und kann mit den Erfahrungen eines Westdeutschen verglichen werden. Die Erzählung zeigt uns, wie das Alltagsleben sich nach der Katastrophe änderte, während die anonyme Ich-Erzählerin gegen die Unsicherheit, die von der Katastrophe ausgelöst wurde, kämpft. An dem „strahlenden

Tag“ ist die Ich-Erzählerin mit der Einsicht konfrontiert, dass ihr Leben von unsichtbarer Kontamination bedroht ist. Der Leser spürt ihre Angst, wenn sie von ihrem Alltag erzählt:

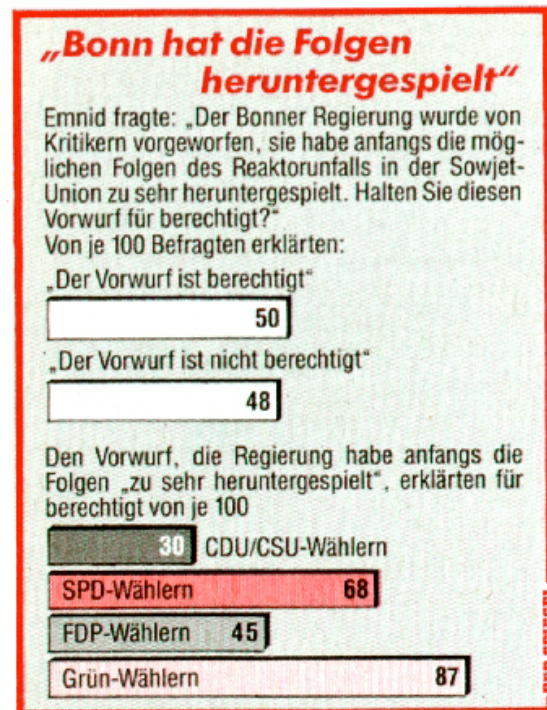
Wer hätte vor diesen Millionen von Jahren voraussehen sollen, dass gerade er einmal unsere Überlebenschance als Gattung verbessern würde – obwohl ich andererseits nicht dringen habe wissen wollen, wie die überaus saftige grüne Wiese von dem Haus sich auf der Skala eines Geigerzählers heute ausgenommen hätte. Aber die paar Löwenzahnblätter, die kleinsten, zartesten, die ich aus Gewohnheit im Vorbeigehen abgepflückt habe, um sie, wie all die Tage schon, zum Mittag als Salat essen, habe ich dann doch lieber weggeworfen. Dazu haben auch nochmals das kleine wie große Radio, die auf verschiedene Stationen eingestellt gewesen sind, einmütig zu vollen Stunde geraten: Nicht grünes. Keine Frischmilch für Kinder. Ein neuer Name für Gefahr wird in Umlauf gesetzt: JOD 131. (Wolf 20)

Wolf beschreibt die Änderungen ihrer täglichen Routine, die sie sonst ohne nachzudenken macht. Sie zeigt die ausgelöste Verwirrung, und die Frage, die sich ergibt; sind die Löwenzahnblätter verseucht, dürfen die Kinder in dem Sandkasten spielen, soll die Frischmilch weggeworfen werden? Diese Sorgen gehörten nicht nur zu Wolfs Privatsphäre, sondern ganze betreffen die Öffentlichkeit. Obwohl die Sorgen um Strahlenbelastung, Verseuchung, und Krankheit keine neuen Themen bei den Deutschen waren, wurden sie nach Tschernobyl für die deutsche Öffentlichkeit greifbar nah, während sich die Strahlenwolke über Deutschland verbreitete. Im Vergleich zu anderen Gefahren sind die Risiken der Atomkraft wirklich unvorhersehbar. Diese greifbaren Gefahren änderten sowohl die Dynamik der Anti-Atomkraftbewegung als auch die westdeutsche Einstellung zur friedlichen Nutzung des Atoms.

Wie bereits im letzten Kapitel erwähnt, drückten die meisten Atomgegner schon vor dem Störfall ihre Sorge um die Sicherheit ihrer Familien aus. Nach dem Unglück in

Tschernobyl aber wurde die Rhetorik der Gegner familienorientierter als je zuvor. Die Bilder von ängstlichen Kindern in Gasmasken, die nicht mehr auf dem Spielplatz spielen dürfen, heizte die deutsche Öffentlichkeit an. Niemand wusste genau, wie die Strahlung sich auf ihre Gesundheit auswirken würde, und als Folge gingen mehr Eltern mit ihren Kindern auf die Straße, um gegen den Mangel an Information zu protestieren. *Der Spiegel* berichtet über diese Protestwelle von besorgten Eltern: „Die schlechte Informationspolitik und die Verunsicherung über die Auswirkungen der Atomstrahlen veranlassten Mütter und Väter über in Westdeutschland, ihre Kinder mit auf die Straße zu nehmen.“ (27/1986). Die Ergebnisse der Umfragen zu dieser Zeit zeigen allerdings, dass die Öffentlichkeit sich hilflos und schlecht informiert fühlte.

Die Reaktionen im Jahr 1986 auf politische Manöver der Situation waren deshalb sehr kritisch. Die Verunsicherung durch die der CDU/CSU-Regierung unter Helmut Kohl führte schon früh zum öffentlichen Konsens, dass die Situation in Tschernobyl heruntergespielt wurde. Der Mangel an veröffentlichter Information sowie die angebliche Überlegenheit der deutschen Technologie wurde einen Anlass zum



Misstrauen in der Bundesrepublik. Die Ergebnisse einer Emnid Umfrage aus dem *Spiegel* im Mai 1986 zeigen die

Figur 3,1: Die Ergebnisse einer Emnid Umfrage. (*Spiegel*)

Unruhe der Bundesbürger über die staatliche Behandlung der Situation in Tschernobyl.

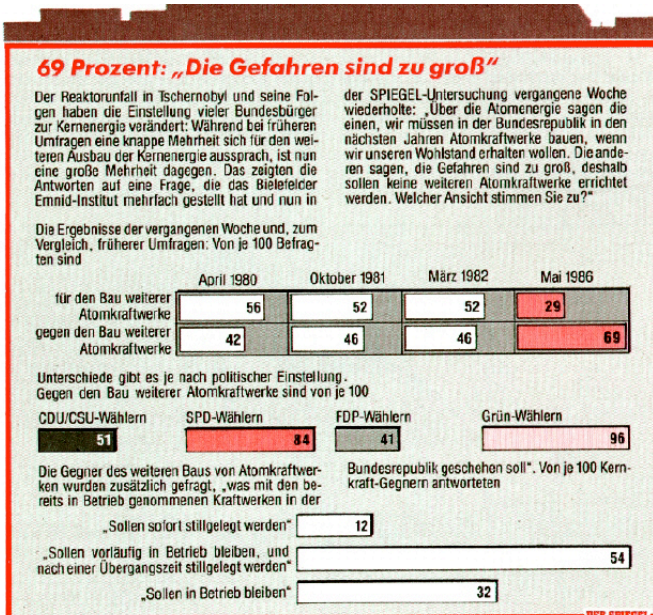


Die Umfrage ergibt, dass 50% der Befragten fanden, die Bonner Regierung spiele die Situation zu sehr herunter (siehe Figur 3,1). Von den Befragten halten die Grünen- und SPD-Wähler den Vorwurf, dass „die Regierung anfangs die Folgen zu sehr heruntergespielt habe“, für berechtigt, während nur 30% der CDU/CSU-Wähler dieser Aussage zustimmen. Zu diesem Vorwurf erklärt der Umweltminister Walter Wallmann (CDU) später im Jahr 1986: „Wenn wir frühzeitig informiert worden wären, dann hätten wir schneller reagieren können. Wir hätten die Menschen informieren können. Wir hatten doch keine Vorstellung, was tatsächlich dort geschehen ist“ (*Spiegel* 45/1986). Meiner Meinung nach heißt das ihrerseits, nur eine faule Ausrede ihrer Beruhigung der Situation, damit das deutsche Vertrauen nicht erschüttet würde. Wallmann schreibt einfach die Verantwortung für die mangelnde Informationsverteilung auf die UdSSR. Bei manchen CDU/CSU-Wählern stellte Minister Wallmann das Vertrauen wieder her, für andere aber war es nicht der Fall. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl stellte Franz Alt, selbst ein CDU/CSU-Wähler, die andere Einstellung dar, die die Ausrede von Wallmann mittelbar kritisiert:

Tschernobyl hat auch uns gelehrt, dass das, was gestern noch für unmöglich gehalten wurde, sehr wohl möglich ist... Was würden Sie als Kanzler den Betroffenen, uns allen, sagen wenn hier etwas passiert...Harrisburg, das Challenger-Unglück, Tschernobyl: das sind keine „Heimsuchungen“, wie Sie sagen Herr Bundeskanzler, und schon gar keine gottgewollten Schicksalsschläge. Das ist Menschenwerk. *Wir* haben Fehler gemacht...Tschernobyl hat eine Bewusstseinsdämmerung bewirkt, weit mehr bei den Wählern als bei den Gewählten...Atomarer Fortschritt erweist sich als tödlich... Schluss mit dem atomaren Glückspiel.“ (*Spiegel* 45/1986)

Alts vernünftigen Worte sprechen die Argumente von einem Teil der Öffentlichkeit aus und sprechen die vorgestellte Lösung für eine Vermeidung der Atomgefahr an, nämlich

den Ausstieg aus der Atomkraft. Alts Brief widerspiegelt die Ergebnisse einer Emnid-Umfrage über die Gefahren der deutschen Atomkraft aus demselben Jahr (siehe Figur 3,2). Die Umfrage vergleicht die Ergebnisse von früheren Umfragen und zeigt, wie sich die Meinung nach Tschernobyl veränderte. Vor dem Jahr 1986 stimmt die Mehrheit, wenn auch nur knapp, dem Bau weiterer Atomkraftwerke zu, um den deutschen Wohlstand zu erhalten. Nach dem Unglück in Tschernobyl sind aber 69% der Befragten gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke. Weiterhin glaubten 54% der Befragten, dass die Atomkraftwerke nicht sofort stillgelegt werden sollten, sondern vorläufig in Betrieb bleiben und nach einer Übergangszeit stillgelegt werden sollten. Die Antworten auf diese Umfrage zeigen sowohl die Mäßigung vieler Atomgegner als auch ihre Ernsthaftigkeit.



Diese Einstellungen der Öffentlichkeit schafften eine Basis für die nächsten 25 Jahre, in denen der Ausstieg heftig in der Politik erörtert wird. Ihre Reaktionen zeigen sowohl die deutlichen Auswirkungen von Tschernobyl auf den Alltag als auch die Rolle der Regierung in ihrer Entscheidung.

Figur 3,1: Die Ergebnisse einer Emnid Umfrage (Spiegel Online)

Nach 30 Jahren unklarer Antworten auf konkrete Fragen hatten die meisten Bundesbürger die friedliche Nutzung des Atoms gründlich satt. Die Reaktionen

auf das Unglück führten zu dem Konsens unter der Öffentlichkeit; jetzt mehr als zuvor ist die Zeit für einen langsamen Ausstieg aus der Atomkraft.

Obwohl der öffentliche Aufschrei, der nach dem Reaktorsunglück in Tschernobyl in den Ergebnissen der Umfrage bekannt wurde, den Ausstieg aus der Atomkraft betont, gibt es keine raschen Änderungen in der Atompolitik. Und obwohl die Botschaften der SPD sowie der Grünen „den Bedürfnissen“ der Öffentlichkeit besser als die CDU/CSU-FDP angepasst waren, wurden sie an den nächsten drei Wahltagen nicht gewählt. Die Ergebnisse von diesen Wahlen deuten auf die Fähigkeit der CDU/CSU-FDP hin, während Katastrophenfälle die Öffentlichkeit zu beruhigen. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit dieser genauen Fähigkeit der CDU/CSU-FDP und wie sie das Vertrauen der westdeutsche Öffentlichkeit in das Atomprogramm wiederherstellte. Er wird ihre unerschütterlichen atomfreundlichen Tendenzen sowohl der letzten 25 Jahre als auch während des geplanten rot-grüne Ausstiegs im Jahr 1998 hervorheben. Diese 25 Jahre der Geschichte der Atomkraft führen zur politischen Wende der CDU/CSU-FDP um 180 Grad im Jahr 2011, die meine Thesis betont, dass ihre Ausstiegsentscheidung größtenteils politisch motiviert ist.

### **Wie die CDU/CSU das erschütterte deutsche Vertrauen in der Atomkraft nach Tschernobyl wiederherstellte**

Im Jahre 1987 hing der Erfolg des Ausstiegs aus der Atomkraft vom Wahlkampf ab. Das politische Spektrum sah so aus; auf der einen Seite stand die amtierende CDU/CSU-FDP Koalition, die eine Verwirklichung des Ausstiegs nicht für empfehlenswert hielt. Auf der anderen Seite aber standen die Atomgegner, nämlich die SPD und Grüne Partei, die beide gegen die Förderung der Atomkraft waren, sich aber in ihren Lösungsvorschlägen

unterschieden. Die SPD schlug den graduellen Ausstieg aus der Atomkraft vor, da sie die schwere Logistik von solch einer Unternehmung in der Bundesrepublik mit einbezog. Die junge Grüne Partei andererseits forderte die sofortige Abschaltung von allen 19 Atomkraftwerken, die in Betrieb waren. Ihre Agenda war rasch aber zutreffend. Wenn die öffentliche Reaktionen des früheren Abteils betrachtet, dass die Mehrheit entweder in der Rhetorik der SPD oder in der der Grünen Trost finden gefunden hätte, aber das war nicht der Fall. Und obwohl die CDU/CSU-FDP Koalition (außer eine Neueinschätzung der Kernkraftwerken), keine Lösung fürs Atomproblem fand, kamen sie im Jahr 1987 trotzdem wieder mit 53,4% an die Macht, 16,4% mehr als die SPD (*Bundestagswahl* 1987).

Eine Fülle von Gründen könnten den Erfolg der CDU/CSU-FDP Koalition im Jahr 1987 erklären, aber die meisten davon sind nicht mit Atomkraft verbunden. In Bezug auf das Atomproblem aber gibt es nur eine vielseitige Erklärung, warum es für die Koalition nicht ganz oben auf der politischen Agenda erschien. Als amtierende Partei hatte die CDU/CSU-FDP Koalition einen zusätzlichen Vorteil gegenüber den anderen Parteien, denn sie hatte mittlerweile die Macht zu entscheiden, welches Thema sie während des Wahlkampfes ansprechen wollte. Sie konnte in gewisser Weise den Ton angeben. Logistischerweise durfte die Atomkraft nicht auf der Wahlthemenliste auftreten, denn wenn es irgendetwas gab, das dem Koalitionsplan widersprach, so war es der Abbau von Technologie, dazu gehörte die Atomkraft:

Für eine wirtschaftlich und sozial leistungsfähige Industriegesellschaft ist die ausreichende Versorgung mit sicherer, umweltschonender und preiswerter Energie eine Lebensfrage. Nur so können wirtschaftliche Leistungskraft und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand sowie die Gesundheit der Bürger erhalten und gesichert werden. Die Kernkraft ist neben Kohle, Öl, Erdgas und regenerativen Energie für

absehbare Zeit eine unentbehrliche Energiequelle. (*Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 1987*, 53)

Das Erhalten des westdeutschen Wohlstands steht auf der Agenda der CDU/CSU ganz oben, auch wenn damit große Risiken einhergehen. Obwohl vor neun Monaten das allergrößte atomare Unglück geschehen war, hielt die CDU/CSU den technischen Fortschritt für wichtiger als die Sicherheit ihrer Bevölkerung. In dieser Zeit, in der das Ansprechen des atomaren Problems am wichtigsten hätte sein sollen, blieb es im Wahlkampf zurück.

Als im Januar 1987 die Wahl zum 11. Bundestag kam, hatte die Koalition bereits neun Monate nach dem Unglück, die deutsche Öffentlichkeit zu beruhigen und ihr Vertrauen in der Atomkraft wiederherzustellen. Während dieses Zeitabschnitts gestaltete die Koalition einen starken Pro-Atomkraft-Wahlkampf, der in ihrem Wahlprogramm offensichtlich zu sehen ist:

Bei der Nutzung der Kernenergie muss die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Bürger wie bisher auch Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen behalten. Der Verzicht auf Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und der verstärkte Einsatz von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, würde die Belastung von Luft, Wasser und Boden erheblich erhöhen, die Energiepreise steigen lassen und die Abhängigkeit vom Erdöl verstärken. Gesundheit und Leben unserer Bürger werden auch nicht dadurch geschützt, dass die sicheren Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland abgeschaltet werden, während die weniger sicheren im kommunistischen Machtbereich weiter in Betrieb sind.

Die deutschen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt. Der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl ist kein Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern vielmehr Ausdruck einer verantwortungslosen Politik, bei der wirtschaftliches Interesse, nicht aber Sicherheit Vorrang hatte.

Die Kernenergie ist heute eine technisch beherrschbare und moralisch vertretbare Technik... Wir bleiben uns dabei bewusst, dass es keine Technik ohne jedes Risiko gibt und dass Sicherheit ständig neuer Überprüfung und neuer Anstrengung bedarf. Deshalb sehen wir trotz des hohen Sicherheitsstandards der deutschen Kernkraftwerke die laufende Prüfung aller Sicherheitsaspekte als eine Daueraufgabe an (*Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 1987*, 54-56).

Der Standpunkt der CDU/CSU Partei in ihrem Wahlprogramm spiegelt die wenige Besorgnis um die voraussehbaren Risiken, die mit der Nutzung der Atomkraft verknüpft sind, wider. Der Begriff Sicherheit wird sogar neun Male in diesem Abschnitt erwähnt, und das weist darauf hin, dass die CDU/CSU an ihre Technologie glaubt. Ihre Botschaft im Jahr 1987 lautet sogar, dass der Verzicht der Atomkraft, gegenüber einem Ausstieg, weitaus größere Risiken in der Bundesrepublik verursachen könnte, wie beispielsweise heftige Luftverschmutzung aufgrund der Förderung der Kohlekraftwerke und eine neue Abhängigkeit von ausländischem Öl. Logistischerweise macht es Sinn, warum die CDU/CSU die Atomkraft vor einem Verzicht schützen wollte, denn sie war schließlich, im Unterschied zu Erdöl, eine saubere, inländische und vor allem günstige Energiemöglichkeit. Die CDU/CSU warnen in ihrem Wahlprogramm vor dem Ausstieg, dessen Folge die Energiepreise nur „steigen lassen“ werden. Deshalb ist dieses Argument gegen den Ausstieg vielleicht eines der stärksten und zulässigsten, da die Wirtschaft zu dieser Zeit unter Druck war.

Der politische Ton der CDU/CSU Partei im Jahr 1987 scheint im Großen und Ganzen ziemlich selbstbewusst zu sein. Ihre Botschaft betont ihr standhaftes Vertrauen in das westdeutsche Atomprogramm und in die Fähigkeit, die Reaktoren weiter zu regulieren. Trotz ihrer gültigen Argumente, dass sich der Ausstieg negativ auf die

Energiekonjunktur auswirken könnte, werden die Risiken einer möglichen Kernschmelze in der Bundesrepublik in ihrem Wahlprogramm kaum erwähnt. Sie plädieren weiterhin darauf, dass das Unglück in Tschernobyl kein richtiger Grund ist, aus der Atomkraft auszusteigen, weil die Atomkraft, nach ihrem Schlagwort, eine „beherrschbare Technik“ in der Bundesrepublik ist. Der westdeutsche Sicherheitsstandard sei nicht mit anderen Ländern, besonderes mit denen der Ostblockländer, zu vergleichen, denn die „besorgte“ CDU/CSU räumte der Reaktorsicherheit Vorrang ein. In einem Artikel aus dem *Spiegel* vergleicht Umweltminister Leinen die Reaktorsicherheit in der Bundesrepublik mit den benachbarten französischen Reaktoren: „In der Bundesrepublik seien die Sicherheitsstandards ‚höher als in Frankreich‘ erläuterte Umweltminister Leinen später seinen Standpunkt, das beginne bereits bei der ‚Materialqualität‘. In Deutschland würden beim Reaktorbau qualitativ besserer Beton und Stahl verwendet als in Frankreich“ (*Spiegel* 19/1986). Die CDU/CSU malt ein unerschütterliches Bild von der Sicherheit der festen westdeutschen Reaktoren, die wegen ihrer „höheren“ Qualität den deutschen technologischen Fortschritt als nahezu fehlerlos darstellen. Diese Reaktoren sind einfach unvergleichbar, und deswegen sollte die westdeutsche Öffentlichkeit ohne Angst um einer Kernschmelze leben.

Die Rhetorik der CDU/CSU Partei untermauerte großteils die Wahlentscheidung der deutschen Öffentlichkeit bei der Wahl zum 11. Bundestag im Januar 1987 und den Erfolg an dem darauffolgenden Wahltagen. Ihre Argumente gegen den Abbau der Atomkraft waren sowohl aussagekräftig als auch notwendig und erschienen im Vergleich zu den Rhetoriken der anderen Parteien wenig radikal. Die vorgeschlagenen Pläne der Grünen sowie der SPD, zu einem kompletten Ausstieg aus der Atomkraft, die

insbesondere bei den Grünen als „rasch“ erforderlich dargestellt wurden, waren tatsächlich von Vorteil für die CDU/CSU. Die CDU/CSU könnte die radikalen Vorschläge der Grünen sowie der SPD benutzen, um ihr Argument, dass Deutschland tatsächlich die Atomkraft brauchte, klar zu machen. Die CDU/CSU war zu dieser Zeit eine schon stark etablierte Partei mit größerer Wahlbeteiligung, anders als die jungen radikalen Grünen. Wegen ihres stabilen Standpunkts erschien sie übermütig, was die Grünen bemerkten und als Handhabe gegen die CDU/CSU im nächsten Wahlkampf benutzen. Ein Werbespot der Grünen zur Bundestagswahl im Jahr 1987 zeigt die Motive der CDU/CSU, die das Thema Atomkraft von der Bundestagswahl fernhalten wollten.

Der Werbespot zeigte einen anonymen Mann, der mit seinem Mercedes von Frankfurt am Main unterwegs nach Bonn ist. Währenddessen erklärt ein Erzähler der Öffentlichkeit mit satirischem Unterton, dass die Leistungen des Politikers ein besseres Deutschland geschafft hatten. Obwohl der Mann erst am Ende des Werbespots zu sehen ist, richten die Grünen ihre Botschaft der Atomkraft kreativ aus. Bevor man die Identität des Mannes erfährt, fährt er auf dem Weg nach Bonn an einem Atomkraftwerk vorbei. Der Erzähler berichtet satirisch: „Im fernen Russland fliegt ein Atomkraftwerk in die Luft. Die Bevölkerung denkt einen Augenblick nach; was wäre denn bei uns? Nicht daran denken, schon gar nicht vor der Wahl. Dies ist die Stunde für Walter Wallmann. Servus Natur, Tschüss Umwelt.“ (*Die Grünen Nordrhein Westfalen*, 1987). Der Spot spricht die Vertuschung des Unglücks in Tschernobyl direkt an und schreibt die Schuld dem Umweltminister Walter Wallmann (CDU) zu. Wie schon erwähnt, war Umweltminister Wallmann ein Experte in der Vermeidung von solchen Fragen, insbesondere von jenen, in denen es um einen möglichen Unfall in der Bundesrepublik ging.



Die Ergebnisse von der Bundestagswahl waren für die Grünen keine Niederlage, denn die junge Partei erhielt 0,6% mehr Wähler als bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 1983 (*Spiegel* 3/1987). Obwohl die Partei der öffentlichen Meinung nach zu „unerfahren und bedrohlich“ war, war sie auf dem richtigen Weg (*Spiegel* 3/1987). Schon bei der Bundestagswahl im Jahre 1998 und zehn Jahre später traten die Grünen als koalitionswillig mit der SPD auf. Bis heute spielen sie eine erhebliche Rolle im Bundestag, vor allem gegenwärtig in Bezug auf das Moratorium an der Atomkraft. Sie brauchten nur etwas Zeit, um ihr Ausstiegsargument weniger radikal zu machen.

Obwohl die Rhetorik der Grünen versuchte das Problem unmittelbar anzugehen, bot sie keine klare Lösung für den Ersatz der Atomenergie an. Die CDU/CSU andererseits bot durch ihre Vertuschung der Situation und Neueinschätzung der Atomkraftwerke den schnellsten Weg zurück in die Normalität an. Bremer Psychologieprofessor Thomas Leithäuser erklärte die öffentliche Annahme der Rhetorik der CDU/CSU in einem Artikel aus dem *Spiegel*: „Nach Katastrophen möchte das Alltagsbewusstsein, das eher konservativ organisiert ist, den alten Zustand schnell wiederherstellen.“ (3/1987). Diese Theorie könnte als Erklärung der öffentlichen Wahlentscheidung dienen. Sie zog die Zukunft des Landes in Betracht und versprach der Öffentlichkeit das Erhalten des damaligen Lebensstandards. Ihre stabile Botschaft hörte sich gut an, insbesondere für eine geschichtlich vorsichtige Bevölkerung nach einer Katastrophe, denn seit dem zweiten Weltkrieg wurde die öffentliche Einstellung eher vorsichtiger.

### **Die Zwischenzeit: Die CDU/CSU auf dem Weg nach 2011**

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der CDU/CSU Partei während des Machtwechsels im Jahre 1998 und der darauffolgenden Gesprächen über den vorgeschlagenen Ausstieg. Zuerst wird ihr Machtverlust gegen das SPD-Bündnis90/Grünen Koalition im Jahr 1998 kurz analysiert, der nach ihren Erfolgen im Jahre 1990 und 1994 stattfand. Danach wird ihre Rolle in der Debatte 1998, ob Deutschland aus der Atomkraft aussteigen sollte, näher betrachtet. Die atomfreundlichen Tendenzen der CDU/CSU während der Debatte werden spätere Widersprüche im Jahr 2011 aufgezeigt. Auf diesen Vorwurf basiere ich meine Hauptthese, dass die Merkel-Regierung die Atompolitik hauptsächlich als politisches Manöver benutzte. Bevor die Regierung von Angela Merkel, deren umgekehrte Politik fürs neuen Atommoratorium verantwortlich ist, analysiert werden kann, muss allerdings zuerst der lange Erfolg von Helmut Kohl dargelegt werden.

### **Der Einfluss von Helmut Kohl (CDU) auf die Atompolitik 1990-1998**

Längst gilt Helmut Kohl (CDU) als stärksten Befürworter des deutschen Atomprogramms. Nach Tschernobyl war Kohl Meister des Wiederherstellens des öffentlichen Vertrauens in die Atomkraft. Er schaffte ein Bild der deutschen Sicherheit und des Fortschritts, das schwer zu übertreffen war, und viele Bürger fanden Trost in seiner Rhetorik, besonders, wie schon erwähnt, seiner Rhetorik zur Atomkraft. Kohl setzte diese tröstliche Rhetorik, sogar im unstabilen Jahr 1990 weiter fort, in dem er auf dem Höhepunkt seiner Amtszeit ankam. In jenem Jahr dominierte er die (12.) zwölfte

Bundestagswahl, welche die erste gesamtdeutsche Wahl seit der Weimarer Republik war (*Bundeszentral für politische Bildung*).

Nach der Wiedervereinigung bot Kohl ein Bild des „solidarischen Miteinanders“ an, die „den Wohlstand für alle Deutschen sichert“ (*CDU/CSU Programm zur Bundestagswahl 1990* 10-11). Während dieser Zeit wurde der Lebensstandard des Landes wegen einer Massenmigration der ehemaligen Ostdeutschen ins westliche Deutschland bedroht, weil die westdeutsche Energieerzeugung die neue Bevölkerung angeblich nicht versorgen konnte. Deshalb musste Klaus Töpfer (CDU), der von Kohl als Umweltminister bestellt wurde, das ostdeutsche Stromsystem neu umbauen. Solche dynamischen Leistungen unterstützten seine Ansprüche im Wahlkampfprogramm und schafften ihm Publikumswirksamkeit. Während seiner Amtszeit erreichte Kohl meiner Meinung nach drei wichtige Ziele, die die Zukunft des deutschen Atomprogramms zu gewährleisten, die noch heute großen Einfluss auf die Atompolitik haben: *i*) das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen; *ii*) die junge Angela Merkel als Umweltministerin im Jahr 1994 anzustellen; und *iii*) Atomkonsensgespräche mit Energieversorgungsunternehmen, Parteien und Umweltverbänden zu führen. Das erste Thema wird nicht wirklich angesprochen, da die Interaktion der CDU/CSU mit der Öffentlichkeit früher stattgefunden hatte, nämlich um ihre Argumente gegen die Abschaltung von den Atomkraftwerken zu vermitteln. Die zweite Thema braucht allerdings etwas mehr Aufmerksamkeit, da das Verständnis der Entwicklung von Angela Merkel für die spätere Analyse des Atommoratoriums nach Fukushima im Jahr 2011 wichtig ist.

## **Angela Merkel als Umweltministerin**

Angela Merkel, die oft in den Medien der 90er Jahre als „Kohls Mädchen“ beschrieben wurde, wurde 1994 zur Umweltministerin ernannt. Während ihrer Amtszeit als Umweltministerin wendeten sich das Interesse der Demonstranten der Anti-Atomkraftbewegung und Bürgerinitiativen auf das Atommüllendlager in Gorleben. Das größte Problem mit den Atommülltransporten, die als CASTOR-Transporte bezeichnet werden, war schließlich ein Problem der Transparenz. Als Umweltministerin war Angela Merkel verantwortlich für die Kommunikation zwischen dem Bundesamt und den Energieversorgungsunternehmen über den Atomabfall, das ihre Kernkraftwerke jährlich produzieren. Der Abfall sollte mit der Bahn unter Aufsicht des Umweltministeriums entweder nach der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague oder nach der britischen Anlage Sellafield geschickt werden. Deshalb war es 1998, gegen Ende von Merkels Amtszeit, eine Überraschung vor allem für die Umweltministerin, dass manche Energieversorgungsunternehmen über die Jahre weitere Transporte gemacht hatte, „ohne Wissen der Ministerin“ (*Spiegel* 22/1998 22). Es war eine „Atomwirtschaft außer Kontrolle“, und zum ersten Mal spürte die Öffentlichkeit die geheime Macht der Atomlobby auf die Regierung (*Spiegel* 22/1998 22). Als Folge ihrer Verantwortungslosigkeit musste die Umweltministerin zurücktreten.

Diese Affäre führte allerdings zu einer Menge von Problemen. Die meisten davon beschäftigten sich mit der Sicherheit und der öffentlichen Gesundheit, aber ebenfalls davon betroffen war das makellose Bild des technologischen Fortschritts der CDU/CSU-Regierung. Ihre Beziehung, vor allem die zwischen Merkel und den Energieversorgungsunternehmen, die beide „schließlich oft genug an einem Tisch

saßen“, zeigt allerdings die Unterwanderung der Politik durch die Industrie. Eine gesunde Beziehung mit den Energieversorgungsunternehmen wird vom Umweltministerium erwartet, besonders wenn es um Transparenz und Sicherheit geht. In diesem Fall aber ist Frau Merkels Reaktion auf die Situation wirklich interessant, da sie ahnungslos und teils verschlossen auf die Vorwürfe reagierte. Umweltministerin Merkel beschrieb ihre Stelle in der Affäre für den normalen Bürger in einem Interview: „Wenn Sie einen Kuchen backen, geht auch nicht alles nach Rezept. Da fällt schon mal ein Mehlstäubchen ab. Ja und?“ (*Spiegel* 22/1998). Diese Reaktion zeigt auch ihre Naivität und auch ihren Trotz gegenüber dem Atombereich und der Atompolitik, trotz ihrer Ausbildung als Physikerin. Entweder wusste die Umweltministerin wirklich nichts von den Transporten, oder sie entschied sich die Information deshalb nicht mitzuteilen, weil sie von ihren Kontakten beim RWE oder Vattenfall beeinflusst wurde.

Schon 1996 beschrieb der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) Angela Merkel als „abhängig von ihrer Bürokratie“ und „reichlich inkompetent“ in Bezug auf den Konflikt um Zwischen- und Endlager (*Spiegel* 22/1996). Schröder warf Merkel später vor, dass ihre lange Weigerung, mit der SPD zusammenzuarbeiten, kontraproduktiv und rückgängig sei. Merkels Inkonsequenzen und ihre Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Opposition erweisen sich heute noch als ihre größten Kritikpunkte. Ihre Fähigkeit die Öffentlichkeit zur Beruhigung lernte sie sicher von Kohl, denn sie dreht sich oft politisch 180 Grad um.

### **Atomkonsensgespräche**

Da die genauen Regierungsgespräche schwer zu finden sind, weil sie nicht für die Öffentlichkeit verfügbar sind, beschäftigt sich diese Arbeit nicht ausführlich damit. Bis dahin erwähnte diese Arbeit nur kurz den Einfluss der Atomlobby in der Atompolitik. Chronologischerweise aber wurde der Einfluss der Atomlobby auf die Atompolitik kaum beachtet. Das liegt daran, dass die Öffentlichkeit erst um die Affäre um den CASTOR-Transport eingeweiht wurde. Davon abgesehen, fing die CDU/CSU während der 12. und 13. Wahlperiode (1994-1998) damit an, Energiekonsensgespräche mit Energieversorgungsunternehmen, Parteien und Umweltverbänden zu führen: „die Sorge um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland, der durch relativ hohe Energiekosten belastet ist“ (Deutscher Bundestag, Bundesamt für Technologie und Wirtschaft, 1). Dennoch hatten die Gespräche keinen größeren Einfluss auf die Atompolitik der 12. und 13. Wahlperiode. Im Jahr 2000 aber sollten sie eine wichtige Rolle in der Novellierung des Atomgesetzes unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), die den Ausstieg förderte, spielen. Die Gespräche versuchten vor allem die Transparenz der Atomindustrie zu fördern, und daraus Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Energieversorgungsunternehmen zu schaffen.

### **SPD-Bündnis90/Grünen Koalition und der Ausstieg**

Die Kohl Regierung endete nach der 14. Bundestagswahl im Jahr 1998. Nach einer sechzehn-jährigen Amtszeit verlor die CDU/CSU Regierung gegen eine SPD-Bündnis90/Grünen Koalition. Nach sechzehn Jahren im Amt wurde die Öffentlichkeit

höchstwahrscheinlich des Kanzlers überdrüssig. In den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland an, die während des Wahlkampfs der entscheidenden Wahlfaktor war. Die Rot-Grüne Koalition bot andererseits eine stabile Lösung dafür an, nämlich durch die von ihnen vorgeschlagenen Ökosteuer, die Arbeitsplätze schaffen würde. Und als zum ersten Mal eine Rot-Grünen-Regierung in den Bundestag zog, änderte sich rasch die Atompolitik. Während des Wahlkampfs äußerten die SPD und Grünen ihre Besorgnis um das damalige Atomgesetz. Das Gesetz widerspiegelt sowohl die Leistungen der Kohl-Regierung, als auch die mangelnde Regulierung in der Atomindustrie, die zu Sicherheitsproblemen führten. Das Gesetz musste deshalb novelliert werden, und der neu angestellte Umweltminister Jürgen Trittin, dessen Name noch heute in der Atomdebatte auftaucht, wurde für die Aufgabe verantwortlich gemacht.

Die ersten Änderungen des Gesetzes forderten sowohl die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerken am Netz als auch die Einstellung der CASTOR-Transporte. Umweltminister Trittins vorgeschlagene Novellierung des Atomgesetzes schien zuerst etwas zu rasch, naiv und vor allem voreilig. Dennoch wurde seine Pläne eines sofortigen Ausstiegs vom Koalitionspartner die SPD kritisiert, die als eine Stimme der Vernunft galt. Zu dieser Zeit wurde das Machtspiel innerhalb der Koalition offensichtlich umstritten ausgeführt, denn es zeigte das Geben und Nehmen innerhalb dem Bundestag. Schließlich und endlich lautet der erste Entwurf der Novellierung im Jahr 1999 folgendermaßen: dass die „die maximale Zeitdauer für die Restlaufzeiten der deutsche Atomkraftwerke unabhängig von dem öffentlichrechtlichen Vertrag zur Laufzeitbegrenzung auf maximal 40 Kalenderjahre ab Inbetriebnahme gesetzlich

begrenzt wird.“ (Adamek *Atomlüge* 32). Während Adamek diesen Vertrag als die „große Ausstiegslüge“ bezeichnet, scheint er mir nicht so negativ zu sein. Die Novellierung war schließlich ein Anfang einer neuen Art des Atomgesprächs im Bundestag. Es ist schon eine große Unternehmung eine solche existierende Politik zu ändern, vor allem ein Gesetz, das die Tendenzen der 16-jährigen Kohl Regierung enthält. Dennoch haben Adamek und andere Kritik Recht, dass diese Restlaufzeit tatsächlich kein Ausstieg ist, sondern nach Grünen Politiker Volker Hartenstein: „bestenfalls ein Auslauflassen der Kraftwerke über einen Zeitraum hinaus“ ist (Adamek *Atomlüge* 32).

Die Reaktion auf den Ausstieg zeigt sowohl die Kritik als auch das Machtspiel innerhalb der Koalition, und deswegen blieb die Diskussion bis in das Jahr 2000 umstritten, als der Ausstieg endgültig von der Regierung vereinbart wurde. Die Novellierung lautet, dass alle 19 Atomkraftwerke abgeschaltet werden mussten, wobei der letzten Meiler im Jahr 2021 von Netz gehen sollte (*Hamburger Abendblatt* 1). Obwohl die genauen Gespräche über die Novellierung des Atomgesetzes doch wichtig zu dieser Arbeit sind, ist diese Arbeit keineswegs eine tiefe Analyse ihres Inhalts. Was wichtig für die Unterstützung meiner These ist, sind die Reaktionen der CDU/CSU auf die geänderte Politik, da ihr Standpunkt während der Novellierung und nach ihrer Wiederwahl im Jahr 2005 ihre Widersprüche hervorheben.

### **Die CDU/CSU Reaktion auf die Novellierung des Atomgesetzes 2000-2010**

Als die SPD/Grünen Koalition an der Macht kam, tauchten die offiziellen Pläne des endgültigen Ausstiegs auf, worauf die CDU/CSU besonders negativ reagierte. Das



Wahlprogramm des 2002 Wahlkampfes zeigt die Reaktion der CDU/CSU auf die vorgeschlagen Novellierungen des Gesetzes:

Obwohl es derzeit keine Planungen für neue Kernkraftwerke in Deutschland gibt, wollen wir das Ausstiegsgesetz ändern: Ein Ausstieg aus der Kernenergie löst nicht die Klimaproblematik, sondern verschärft sie und schafft eine Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland. Deutschland kann damit künftig seine Verpflichtung zur CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht mehr einhalten oder nur mit ungeheurem Kostenaufwand erfüllen. Das Ausstiegsgesetz löst die Entsorgungsfrage nicht, sondern kündigt den Entsorgungskonsens auf. Das Ausstiegsgesetz koppelt Deutschland von der Forschungs- und Technologieentwicklung ab und schwächt den Wirtschaftsstandort. Wir werden auch in Zukunft die Option auf die Nutzung der Kernenergie offen halten. Höchstmögliche Sicherheit muss bei der Kernenergienutzung absoluten Vorrang haben. Deswegen müssen die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für fortgeschrittene Reaktorsysteme fortgeführt werden. Die deutsche Sicherheitstechnik, die international Maßstäbe gesetzt hat, muss erhalten und ausgebaut werden (*CDU/CSU Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002* 54).

Ihr Standpunkt bei dieser Wahl im Jahr 2002 ähnelt ihrer früheren Rhetorik, die die Atomenergie befürwortete. Trotz der Atomdebatten der letzten Zeit sprechen die CDU/CSU sich noch für die Weiterführung der Atomkraft aus. Das Wahlprogramm wiederholt ständig ihre frühere Politik und Argumente, und sie machte besonderes auf die Luftqualität und Strompreise aufmerksam: „Ein Ausstieg aus der Kernenergie löst nicht die Klimaproblematik, sondern verschärft sie und schafft eine Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland.“ Die CDU/CSU spricht auch die Zukunft der Atomindustrie an, in dem sie die Option „offen“ halten werden. Diese Aussage in Bezug auf die Zukunft der Atomkraft ist besonderes interessant, denn es scheint mir widersprüchlich zu sein.

Die CDU/CSU gewann die nächsten zwei Bundestagswahlen nicht, hauptsächlich aus Gründen, die nicht mit den Atomdebatten verbunden waren. Man würde annehmen,

dass die CDU/CSU Regierung sobald sie wieder im Amt war die Novellierungen des Atomgesetzes ändern würde. Sie behauptet sogar in ihrem Wahlprogramm: „Wir wollen das Atomgesetz ändern“, egal wie schwer es sein mag, aber dies war letztendlich nicht der Fall. Aber als sie im Jahr 2005 wieder an der Regierung kamen, machten sie eigentlich nichts mit dem Gesetz. Es dauerte bis in ihre zweite Amtszeit im Jahr 2010, bis sie ihre alte Rhetorik hervorhob und die Atomdebatte wieder anregte. Das bringt mich zurück zu meiner These, dass die Atompolitik eigentlich nur ein politisches Gewicht für die CDU/CSU ist, und es scheint, als ob sie das zum zweiten Mal zu ihrem Vorteil benutzte.

Im Frühjahr 2010 baute sich der Druck um den Ausstieg auf. Die Merkel-Regierung hat noch etwas über 10 Jahre vor dem geplanten Ausstieg Zeit, und hatte bisher keinen alternativen Energiesorger für die Kernenergie gefunden, der fast 1/3 von Deutschlands Stromversorgung erfüllt (*Spiegel* 22.07.2010). Bundeskanzlerin Merkel predigte die Wichtigkeit des wirtschaftlichen Gewinns, der durch die Atomkraft unterstützt wird, damit der Wohlstand des Landes nicht heruntergeht. Während die Atomrestzeit tickt, saßen der vier großen Energiekonzernen RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW der Bundeskanzlerin im Nacken, und die Atomdebatte heizte sich noch mal auf. Ein Artikel aus der *Spiegel* zeigt den Einfluss dieser Konzerne auf die Bundeskanzlerin: „Die Forderung der mächtigsten Atomlobby Deutschlands, die maßgeblich von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW finanziert wird, übersteigt jede Variante, die bislang in der Politik diskutiert wurde (*Spiegel* 29.07.2010). Der Gewinn schien für diese Konzerne anspruchsvoll zu sein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht die Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf die Konzerne an: "Wenn die Laufzeit aller



Figur 3,1: Eine Protestplakate zur Bundestagswahl 2009. (*Wir wählen CDU*)

Kernkraftwerke in Deutschland verlängert würde und der Strompreis bei 6,5 Cent pro Kilowattstunde stabil bleibt, läge der jährliche Zusatzgewinn für die Energiekonzerne bei rund 6,4 Milliarden Euro." (Spiegel 29.07.2010). In seinem Buch *die Atomlüge: Getäuscht, Vertuscht, Verschweigen* beschreibt Sascha Adamek die Laufzeitverlängerung „zum Wohl des Volkes“ als „das Milliardengeschenk für die Atomkonzerne“ (Adamek 41). Adamek reißt den Kern der Debatte an, indem er über den Zusatzgewinn für die Energiekonzerne schreibt. Dieser Gewinn wegen der Laufzeitverlängerung wurde eins der Hauptthemen unter den Demonstranten. Eine häufige Protestplakate stellt die Bundeskanzlerin mit Mr. Burns, eine Figur aus der amerikanischen Fernsehserie *Die Simpsons*, der selbst Besitzer eines Atomkraftwerkes ist (siehe Figur 3,1). Die Plakate zeigt die Korruption im Bundestag und Merkels „Hintertür Haltung“.

Die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung bereitet den Weg für die Ausstiegsdebatte im März 2011, besonderes in Bezug auf die Reaktion von Angela Merkel. Bundeskanzlerin Merkel stand auf dem Prüfstand der Opposition während der

Gespräche über die Laufzeitverlängerung, und zwar nicht wegen ihrer Entscheidung, sondern wegen ihrer Hintertürpolitik mit den Energiekonzernen. Solches politisches Handeln wirkt nicht nur wirtschaftlich kontraproduktiv, sondern auch ethisch aus. SPD-Chef Sigmar Gabriel, der die Bundeskanzlerin später in der Ausstiegsdebatte scharf kritisierte, spricht diese wirtschaftlichen Probleme in einem Interview mit dem *Spiegel* an: „Das mit 100 Milliarden Euro vier Konzerne ihrer Marktmacht vergrößern können, das wird den zugeschoben. Und die vielen Mittelständler, die in der Energiewirtschaft unterwegs sind, die kriegen sozusagen richtige Wettbewerbsnachteile. Das ist wirtschaftlich das falsche Konzept. Sie (Merkel) handelt nicht wie eine Kanzlerin, sondern wie eine Geheimrätin.“ (*Spiegel Online*). Mit einem 100 Milliarden Euro Gewinn versorgten die schwarz-gelbe Regierung das wachsende Energiemonopol! Weiterhin ist den Vertrag aus der Atomkraft zu steigen, im Bundesatomgesetz, und das fordert, dass die Diskussion transparent bleiben muss und nicht im Hinterzimmer stattfinden.

Sowohl die Opposition als auch die Öffentlichkeit fühlten sich wie Sigmar Gabriel: „Die Kanzlerin verkauft die Sicherheit der Bevölkerung, indem sie marode und alte Atomkraftwerke länger laufen und sich dafür Geld geben lässt“ (Spiegel 29.08.2010). Im Herbst 2010 wurde letztendlich die Vereinbarung des rot-grünen Ausstiegs von der Merkel Regierung aufgelöst und an seiner Stelle eine Laufzeitverlängerung „der sieben bis 1980 ans Netz gegangenen Meiler gesetzt, die acht Jahre länger laufen, während die jüngeren 14 Jahre länger am Netz bleiben“ (*Hamburger Abendblatt* 1). Als Ergebnis ihrer Entscheidung wachte die Anti-Atomkraft Bewegung neu auf. 120.000 Atomgegner bildeten im Sommer 2010 eine Menschenkette zwischen den norddeutschen

Atomkraftwerken Krümmel und Brünsbüttel, die gegen die längeren Laufzeiten der Reaktoren protestierten (*Spiegel* 31.08.2010). Die Protestplakate lauteten „Atomkraft? Nein Danke!“, genau wie die Plakaten der späten 70er Jahre. Die öffentliche Stimmung in Deutschland widerspiegelt die alte Bewegung. Und deshalb machte die Opposition während dieser Zeit im Vergleich zur amtierenden CDU/CSU einen besseren Eindruck.

Die CDU/CSU verlor tatsächlich Unterstützung, besonderes gegenüber den starken Argumenten der Opposition. Die deutsche Öffentlichkeit wollte keine Laufzeitverlängerung, weshalb die Wiedergeburt der Bewegung sich verbreitete, aber Bundeskanzlerin Merkel konnte, wegen des Ausstiegs, nicht passieren lassen. Eines Tages im März 2011 aber ändert sich alles für die Atompolitik, denn ein Erdbeben vor der Küste Japans löste einen Tsunami aus, dessen Welle das moderne Tschernobyl verursachte. Auf einmal bedaure Angela Merkel ihre Entscheidung der Laufzeitverlängerung, denn die deutsche Öffentlichkeit hatte die Atomkraft satt. Die Katastrophe in Japan war der Gipfel; die Deutschen wollte raus aus der Atomkraft, und zwar sofort.

### **Die Vorkommisse in Fukushima und ihr Einfluss auf die Merkel-Regierung**

Das Unglück in Fukushima brachte ähnliche Gefühle wie in Tschernobyl hervor. Nachdem erste Bilder aus Japan auftauchten, sah die Welt hilflos und ängstlich dazu. 25 Jahre nach Tschernobyl sind die Auswirkungen der Radioaktivität noch erschreckend und unbekannt. Wenn die Reaktionen der Öffentlichkeit mit den Reaktionen nach Fukushima verglichen werden, dann könnten Parallelen zwischen ihnen gezogen werden. Die japanische Katastrophe war ganz anders als die in Tschernobyl, hauptsächlich wegen

ihrer Transparenz. Die Information war viel prompter in Japan, und zum größten Teil blieb Europa außer direkter Gefahr der Auswirkungen. In den Tagen nach der Katastrophe fing die Merkel-Regierung aber an, auf die Situation anzusprechen. Zuerst antwortete die Bundeskanzlerin aus der atomfreundlichen Perspektive, und sie beruhigt die Öffentlichkeit, dass die deutschen Atommeiler noch immer „die sichersten in der Welt“ seien. Und dann schlug sie etwas völlig Umgekehrtes von ihrer traditionellen Rhetorik vor: den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft. Der letzte Teil dieser Arbeit versucht Merkels Kurswechsel zusammenzusetzen und dadurch zu verstehen, ob ihre Entscheidung hauptsächlich politisch motiviert ist.

Dieser Teil fängt mit der ausgelösten Atomdebatte im Bundestag an, weil sie die Vitalität und den Streit der Entscheidung zeigten. Zuerst einmal aber werden ein paar Fragen vorgelegt. Bundeskanzlerin Merkels Kurswechsel kann in gewisser Weise als ein Erfolg für die Atomgegner interpretiert werden, denn ihr Bild von einem atomfreien Deutschland wurde nun verwirklicht. Trotzdem steht sie auf den Prüfstand, da das Bild eigentlich nicht ihr gehört, sondern der SPD und den Grünen, die Frau Merkel mit allen Mitteln um einen Ausstieg bekämpften. Ein Artikel aus dem *Spiegel* über die Christian Wulff Affäre stellt ein akkurates Bild der Bundeskanzlerin dar: „Merkel ist eine unideologische Politikpragmatikerin, die ihre Positionen sehr schnell wechseln kann, wenn es zur Fehlervermeidung dient – siehe ihre Abkehr von der Atomenergie oder ihr Einverständnis zum Mindestlohn im letzten Jahr“ (*Spiegel* 25.02.2012). Weiterhin scheint es, als ob die Bundeskanzlerin völlig dazu bereit ist, die Aufmerksamkeit auf sich selbst zu lenken. Vor allem aber bleibt die Frage, ob ein schwarz-gelber Ausstieg ohne die Katastrophe in Fukushima erfolgt wäre? Meiner Meinung nach könnten wir die Frage mit

Nein beantworten, da sie erst sechs Monate vor der Katastrophe die Laufzeitverlängerung vereinbart hatte. Und während dieser Zeit wollte die Bundeskanzlerin nichts von einem Ausstieg hören wollte. Wie änderte sich also so rasch ihre Meinung? Um die Frage zu beantworten, werden zuerst die Argumenten der SPD sowie der Grünen im Bundestag angehört.

Die ersten Reaktionen im Bundestag scheinen ziemlich bitter zu sein, denn die SPD und die B90/Grünen reagierten im März 2011 mit voller Kraft auf die Rede der Bundeskanzlerin vor dem Bundestag. Im Laufe des Kapitels wurde die Rhetorik der CDU/CSU klar dargelegt, aber diese Entscheidung gleicht den anderen überhaupt nicht aus. Als Angela Merkel eine Rede vor dem Bundestag über die aktuelle Lage in Japan hielt, widerspricht jedes Wort ihren alten Rhetorik: „In Deutschland gibt es ein Konsens, dass wir keine neuen Kernkraftwerken bauen, und das die Kernkraft Rückentechnologie ist... Es ist ein Ausstieg im Augenmaß... wir tun mehr als ein Moratorium“ (*Die Atomdebatte* Youtube). Sogar das Wort *Moratorium* klingt im Vergleich zu ihrer konservative Haltung extrem außergewöhnlich. Die Vorkommnisse in Japan, auch ein Hightech Land mit vergleichbarer Wirtschaft und starker Atomindustrie, zeigen allerdings Merkel zufolge, dass so eine Katastrophe auch in Deutschland möglich wäre. Ihre Widersprüche sind klar zu sehen, und die Opposition bewegt sich schnell, sich dagegen auszusprechen.

Es war keine Überraschung, dass die Opposition Merkels Widersprüche hervorhob, denn die Bundeskanzlerin hatte schließlich den Plan über den Tisch gezogen. Die SPD sprach zuerst den Bundestag an, mit Sigmar Gabriel als Sprecher der Partei.

Gabriel arbeitete gegen Merkel selbst an dem den rot-grüne Ausstieg als Umweltminister, und seine Rede widerspiegelt den Frust, den er damals spürte:

Ohne Ihren Deal mit der Atomwirtschaft, wären die (Kernkraftwerke) längst vom Netz. Kehrtwende. Wer war eigentlich der Geisterfahrer der Energiepolitik in Deutschland? Wer war das? Vor einem halben Jahr, da war der Rot-Grüne Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie, da war er unvertretbar, weil er die Atomwirtschaft zu sehr bedrängte, weil wir die Laufzeiten doch brauchen für Deutschland. Da hatten Sie ihn kritisiert, weil wir zu schnell aussteigen wollten. Heute kritisieren Sie die SPD-Grünen weil wir angeblich zu langsam ausstiegen haben. Das ist doch das Spiel das Sie ja treiben. Sie haben den Ausstieg verweigert als ich Umweltminister war. Sie haben das verweigert. Wir hätten sie schon nicht mehr, wenn wir es damals gemacht hatten. (*Die Atomdebatte Youtube*)

Gabriels Rede betont die schwierige Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Bezug auf die Atomkraft. Sie zeigt auch wie die Bundeskanzlerin eine solche Zusammenarbeit bloß verweigerte, besonderes während des rot-grüne Ausstiegs. Während Gabriel seine Rede hielt, schien die Bundeskanzlerin dreist und unempfindlich zu sein, als ob seine Vorwürfe völlig verkehrt wären. Ihrer Meinung nach war es die CDU/CSU, die die Reaktorsicherheit und die Sicherheit ihrer Bevölkerung Vorrang einräumten, und nicht die SPD. Gabriel stand nicht allein gegen die geänderte Politik, denn die Grünen waren auch dabei.

Jürgen Trittin, der ehemalige Umweltminister der rot-grüne Koalition, hielt seine Rede über die Vorkommnisse in Japan gerade nach dem Unglück. Vor allem anderen Parteien führen die Grünen ihre Herkunft auf die Anti-Atomkraft Bewegung zurück. Ganz wie die Reaktionen der SPD waren die Grünen über den Kurswechsel der Merkel-Regierung empört, aber einverstanden mit der Wichtigkeit des Moratoriums. Das heißt jedoch nicht, dass Trittin die Kehrtwende der Merkel-Regierung nicht kritisch betrachte.



Trittins Rede drückt den öffentlichen Ernst der Lage in Japan wegen der Kernschmelze aus: „Es gibt in diesem Lande heute einen breiten Konsens auszusteigen, und zwar wirklich auszusteigen, und es gibt einen Konsens schneller auszusteigen.“ (*Die Atomdebatte* Youtube). Die öffentliche Reaktion ähnelt den Reaktionen nach dem Unglück in Tschernobyl, sie unterschieden sich nur darin, dass mehrere Bürger im Jahr 2011 schon ein Reaktorunglück erlebt hatten. Dennoch ist die deutsche Öffentlichkeit 25 Jahre nach Tschernobyl weniger naiv in Bezug auf die Risiken der Atomkraft als zuvor. Sie wissen was sie wollen, und nach Fukushima wollten sie aus der Kernenergie aussteigen. Trittins Rede reißt einen Stichpunkt in Bezug auf Merkels Motive gegenüber der Öffentlichkeit an, und zwar eine schöne Gelegenheit für die Bundeskanzlerin.

Bundeskanzlerin Merkel kannte die Ergebnisse der Umfragen und sie wusste von den Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf die Öffentlichkeit. Deshalb war dieser Ausstieg eine gute Gelegenheit für sie, als die vorsorgliche Kanzlerin, die öffentliche Meinung vor allem einschätzt. Abgesehen davon aber, heißt das nicht, dass die Bundeskanzlerin herzlos ist. Angela Merkel ist schließlich eine menschlich-orientierte Politikerin, und ich bin mir sicher dass die Vorkommnisse in Fukushima sie bewegte. In letzter Zeit versucht die Bundeskanzlerin ein „menschlicheres“ Image von ihr selbst zu malen, indem die ihre Gefühle offensichtlich zeigt, und diese Darstellung sehen wir nach den Ereignissen in Fukushima. Es ist auch wichtig zu bemerken, dass die Bundeskanzlerin eine ehemalige DDR-Bürgerin ist, und deswegen sollten wir den Einfluss der DDR-Ideologie auf ihre Entscheidung Rücksicht nehmen. Auf eine banale Art könnten wir Parallelen zwischen Angela Merkels Neueinschätzung der Atomkraft und Christa Wolfs Kritik der Wissenschaft ziehen. Die Bundeskanzlerin und Christa

Wolf sind natürlich unvergleichbar, aber es wäre interessant die zwei Frauen gegenüberzustellen. Abgesehen davon ist Angela Merkel selbst eine Wissenschaftlerin, genau das, was Christa Wolf so scharf kritisiert. Als eine Physikerin selbst verwickelt die Bundeskanzlerin sich in Widersprüche, denn die Risiken der Atomkraft würden ihr sicher bekannt gewesen. Wenn die Risiken ihr bekannt wurden, dann warum verlängert sie die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerken? Ich vorgaukele deswegen, dass die Bundeskanzlerin alles nur Mögliche machen würde, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu erhalten. In einem Essay aus dem *Spiegel* beschreibt Dirk Kurbjuweit die Beziehung der Bundeskanzlerin mit der deutschen Öffentlichkeit;

„Für sie ist das Regieren der Bundesrepublik nicht der Ritt auf dem Tiger, sondern der Ritt auf dem Reh. Für Merkel sind wir ein nervöses, ängstliches Volk, das dauernd beruhigt werden muss. Aus ihrer Sicht haben wir Angst vor Krieg, Angst vor Kernkraft, Angst vor Steuererhöhungen, Angst vor Sozialkürzungen, Angst vor hohen Energiepreisen. Die Frage ist, ob das stimmt. Durch die vielen Krisen des jungen Jahrtausends sind wir doch recht gelassen gekommen. Vielleicht muss man uns Politik nur gut erklären, damit wir unseren Politikern folgen.“ (*Spiegel* 15/2011).

Die Deutschen gehen die Risiken nicht gerne ein, und das erkennt Frau Merkel. Sie wurde eine Expertin mit der Beruhigung der deutschen Bevölkerung, und deswegen könnte ihren Ausstieg hauptsächlich als politisches Instrument betrachten werden.

In Wirklichkeit aber reicht das nicht politisch genug, denn jede Politiker hat seine verdeckte Absicht. Dennoch kann Frau Merkel nicht die Urheberschaft für den Ausstieg allein beanspruchen. Dieses Kapitel beschäftigt sich bis dahin mit den Widersprüchen der CDU/CSU-Regierung der letzten 25 Jahre. Diese Jahre zeigten uns allerdings, wie die CDU/CSU solche Ereignisse zu ihrem Vorteil benutzte, um das Vertrauen in ihrer Partei wiederherzustellen. Ein Jahr nach der Entscheidung des Ausstiegs sehen wir schon

keinen ehrgeizigen Einsatz. Die Zukunft der Energie in Deutschland scheint unsicher zu sein, und dafür ist die Merkel-Regierung allein wegen ihrer Kehrtwende verantwortlich. Letztendlich wie beeinflusst Merkels Kehrtwende eigentlich die Deutschen? Kann die Merkel-Regierung das öffentliche Vertrauen in ihrer Entscheidung noch mal wiederherstellen? Die Zeit wird es lernen.

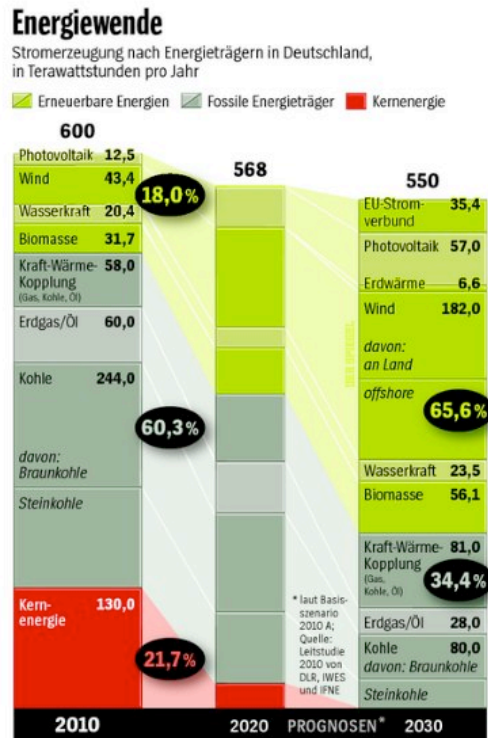
## Fazit

### Ein Ausblick in der Zukunft eines „atomfreien“ Deutschlands

Die Frage bleibt ein Jahr nach Merkels Entscheidung in Deutschland, wie das Land die fehlende Energie versorgen wird ohne Abhängig von ausländischen Ressourcen zu werden? Jetzt ging die Rede im Bundestag hauptsächlich um die Förderung der erneuerbaren Energien wie Windstrom und Solarenergie. Ähnliche Gedanken verbreiten sich auch übers Land, da ein Großteil der Öffentlichkeit sich um die zukünftige Energieversorgungssicherheit große Sorge machen, anstatt Sorgen um eine mögliche Kernschmelze. Da es Unruhe unter der deutschen Öffentlichkeit gibt, scheint es als ob die für die Merkel-Regierung attraktive Gelegenheit anbietet. Vielleicht deshalb tut die Merkel-Regierung, wie sie am besten tut, und beruhigt die Öffentlichkeit. Vielleicht gilt dieses Handeln als ihre neueste Art vom politischen Manöver, da die ähnliche politische Beschwichtigung von der Ausstiegszeit in der Energiepolitik von heute übertragen wird. Ein Jahr nach Fukushima und dem erneuten Gesetz der Energiewende ist die Merkel-Regierung reichlich inkompetent, und „ihre anfängliche Tatkraft ist gelahmt.“ (*Spiegel Online* 08.03.2012). Bundeskanzlerin Merkel steht noch mal auf den Prüfstand wegen ihres Handeln, und diesmal wird ihr die „Verschleppung der Energiewende“ vorgeworfen (*Spiegel Online* 08.03.2012).

Die Merkel-Regierung suchte seit der Veränderung in der Energiepolitik fieberhaft nach einem Ersatz für die Kernenergie, denn sowohl der Klimawandel als auch der Abschaltungstermin im Jahr 2020 setzen die Regierung unter Druck. Schon in diesem

Jahr wegen einer extremen Kältewelle mussten die deutschen Netzbetreiber auf die Notreserven zurückgreifen und sogar Strom vom Ausland kaufen (Spiegel 09/02/2012).



Figur 4,1: Eine Graphik des aktuellen Zustandes des deutschen Stromverbrauchs. (Spiegel, 14/2011)

Die Abschaltung von den neun ältesten Atomkraftwerken wird eine Energielücke von 21,7% fordern, siehe Figur 4,1 (Spiegel 14/2011). Natürlich griff die Regierung zuerst nach der Entwicklung der erneuerbaren Energien. Jetzt versucht das Merkel-Kabinett ohne großen Erfolg den Markt der Solarenergie aufzubauen. Finanzminister Rösler schlägt vor, dass die Subventionen für den Bau der Solaranlage gekürzt werden sollen, um das Wettbewerb zwischen den Konzernen abzuschwächen und den Markt stärker auszubauen. In einem Interview mit dem *Spiegel* erklärt Umweltminister Röttgen den Einsatzplan der Merkel-Regierung: „wir bauen die Subventionen gerade massiv ab – im Übrigen gegen Widerstände. Das ist eine der zahlreichen Horrormeldungen, mit denen

manche versuchen, gezielt Politik zu machen.“ (*Spiegel* 10/2012). Das Ziel des Kabinetts ist ein kompletter Netzausbau, damit das 21,7 Prozent Energielücke ausgemacht wird. Weiterhin lehnt der Umweltminister das Gerücht ab, dass ein Großteil der Energielücke mit ausländischer Energie aus Frankreich und Tschechien versorgt wird. Als er gefragt wurde, ob Deutschland Atomstrom aus die zwei Ländern kaufen wird, antwortet Röttgen: „Das ist überwiegend nicht der Fall“. Der Kauf vom ausländischen Strom verringert den Stress der Energielücke aber kaum und deshalb muss die Bundesregierung die Entwicklung der inländischen Strom, wenn auch nicht erneuerbar, Vorrang einräumen. Jetzt aber gibt es nur reden ohne handeln.

Im Vergleich zur Vergangenheit sind die erneuerbaren Energien von heute viel günstiger zu fördern, obwohl die Anreize für eine solche Förderung zu kurz greifen. Es scheint als ob die schnellste Antwort auf die Lücke in einem Wiederaufbau der Kohlekraftwerke liegt. Es ergibt sich jetzt das meistgefragte Frage der nachhaltigen Entwicklung; wie mischt man die ökonomische Leistungsfähigkeit und die ökologische Denkweise, ohne die anderen zu gefährden. Und jetzt geht es allerdings um diese Auseinandersetzung der Mischung von den vernünftigen ökonomischen Einstellungen und den ethischen ökologischen. Im Bundestag stift es jetzt eine politische Unklarheit, wie sie davon ausgehen sollen, ohne sowohl ihre Wirtschaft als auch die Umwelt zu gefährden.

### **Abschließende Gedanken**

Wenn diese Bilanzfrage in den Kontext dieser Arbeit hineingebracht wird, sieht es so aus, als ob die Merkel-Regierung innerlich die Antwort darauf schon weißt. Obwohl

Bundeskanzlerin Merkel das Bild einer „repräsentativen Demokratie“ als Plattform benutzen, um ihr Engagement mit der Bevölkerung zu zeigen und ihre Entscheidung zu rechtfertigen, entschied sie sich geschichtlich, dem wirtschaftlichen Fortschritt Vorrang einzuräumen. Es macht allerdings Sinn, dass eine Regierung vor allem der Entwicklung ihrer Wirtschaft Vorrang einräumt. Die Frage bleibt aber; wann fragen sich die Bürger ob diesen Fortschritt ihre Sicherheit beeinträchtigt?

Wenn mehrer und mehrer Bürger überdrüssig der aktuellen Politik werden, dann wird die Zukunft größere Änderung in der Umweltpolitik zeigen. Jetzt aber ist es deshalb schwer die Zukunft der Energie in Deutschland vorzustellen. Wenn die CDU/CSU den Markt für erneuerbare Energien stabilisieren könnte und die verlorene Zeit aufholen könnte, dann könnte das 21,7 Prozent Lücke erfüllt werden. Während dieses Zeitpunkts der deutschen Geschichte scheint die Zukunft der Atomkraft trübe zu sein. Nach dem Verlust der christlich-demokratischen Unterstützung der Atomkraft, die länger als 40 Jahre ihre Förderung als notwendig befürworteten, scheint es unwahrscheinlich, dass die deutsche Atomkraft neu erschienen wird. Und zwar im Jahr 2011 „das Ende des Atomzeitalters in Deutschland“ (*Die Atomdebatte* Sigmar Gabriel Youtube).

Im Großen und Ganzen aber ist es egal wer verantwortlich für die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke ist, wenn auch wegen politischer Anreize, solange sie letztendlich abgeschaltet werden. Deshalb aus diesem Grund könnten die Argumente in dieser Arbeit als trivial betrachtet werden. Obwohl ich auch teils mit den Vorwürfen einverstanden bin, finde ich auf politische Ebene, dass eine politische Kehrtwende größtenteils kontraproduktiv ist. Und obwohl wir die schnelle und verantwortliche Reaktion der CDU/CSU auf die Vorkommnisse in Japan anpreisen sollten, sollten wir

uns auch an ihre Geschichte erinnern, die seit Jahren dem Abbau des deutschen Atomprogramms entgegenwirkte. Diese Arbeit zeigte die Beteiligung der CDU/CSU in der Atomwirtschaft von Beginn des Atomprogramms bis den endgültigen Ausstiegs. Sie zeigt über 40 Jahre von Widersprüchen und Hintertürhandlung der CDU/CSU. Sogar während der 70er und 80er Jahre als die Bürger sich gegen den weiteren Aufbau von Atomkraftwerken sammelten, stand die CDU/CSU, mit einem Lächeln übers Gesicht noch immer hinter dem Atomprogramm. Dennoch hoffe ich, dass Deutschland ein Vorbild der Energiewende weltweit wird und, dass sie letztendlich gelingen. Solange die CDU/CSU hinter die Energiewende steht aber, werde ich meine Bedenken haben.

### **Weitere Forschung**

Diese Arbeit ist auf jeden Fall nur eine Einführung zu einer größeren Studie über das Thema. Weitere Forschung über das Thema könnte in eine vielfältige Richtung führen. Eine soziale Komponente wäre hilfreich für diese Arbeit, indem es die öffentliche Meinung jedoch akkurater zeigen würde. Diese Komponente könnte durch eine Umfrage erreicht, die einen guten Einblick in der öffentlichen Einstellung des Ausstiegs nach der Katastrophe in Fukushima anbieten könnte. Weiterhin könnte man die Energiewende näher anschauen, um die neuen Widersprüche hervorzuheben und kritisieren. Die moderne Energiepolitik wird noch umstrittener und es wäre interessant, die auszuarbeiten.



## Anhänge

*„Interview mit Herrn Dr. Frank Uekötter“*

Bevor wir damit anfangen, wäre es okay wenn ich unser Gespräch aufnehmen würde?

- Herr Uekötter, Sie haben viel über die Geschichte der deutschen Umwelt geschrieben. Durch diese ganze Geschichte hindurch, sehen wir verschiedenen „Episoden“ so zu sagen, zum Beispiel mit der Gründung vom Bayerischen Naturbund, oder mit dem Grünwaldschutz in Preußen, oder sogar während der Nazizeit. Wenn wir daran denken würden, an diese neue aufgeschriebne Geschichte des Umweltbewusstseins, womit würden Sie der Anfang dieses Umweltbewusstseins in Deutschland bezeichnen?
- Können Sie vielleicht das Verhältnis zwischen den Romantikern und der Umwelt beschreiben. Wie passen die Romantiker in der Umweltgeschichte hinein? Gibt es noch Spuren von den Romantikern im modernen deutschen Umweltbewusstsein?
- Der Begriff von „Heimat“ ist oft mit der Umweltbewegung verknüpft, da Heimat eine starke emotionale Beziehung der Menschen zur Landschaft impliziert. In wie fern glauben Sie, dass die Ideen von Heimat und „place attachment“ Rollen in der Umweltgeschichte spielen? Was für Rollen spielen sie eigentlich?
- Spielt Heimat heute noch, dh in unserer Globiesierten Welt eine Rolle in Bezug auf Umweltbewegungen und Umweltbewusstsein in Deutschland?
- Sie lebten einmal in den Staaten, erfuhren Sie einen Unterschied zwischen dem Umweltbewusstsein der Deutschen und der Amerikaner? Wenn ja, wie sind die zwei anders?
- Gibt es in den Deutschen einen Konflikt zwischen Fortschrittsglauben einerseits und Naturschutz, zum Beispiel mit der Atomenergie und erneuerbaren Eneregien? Gibt es eigentlich Platz in der deutschen „Heimat“ für Atomenergie?
- Die Atomkraftdebatte in Deutschland ist nicht neu. Wie glauben Sie, fungiert das Bild von Fukushima in Deutschland, vor allem wenn man den Anstieg von Bürgern, die plötzlich Grün wählen wollen, beachtet?

- Was für eine Zukunft haben die Grünen in Deutschland. Ist Grün nur eine Phase oder ist sie eine beständige „nachhaltige“ Partei.
- Ihrer Meinung nach, ist die Entscheidung im Bundestag gegen Atomkraft zu rasch? Wenn ja welche Auswirkungen könnten von solchen Entscheidungen stammen?
- Ist das Land für so einen Ausstieg aus der Atomkraft bereit ist? In Bezug auf den Energiebedarf.
- Warum sehen wir kein Moratorium in Frankreich oder in anderen EU-Ländern? Warum Deutschland as Vorbild? Und warum zu dieser Zeit?
- Wird es eines Tages eine Vergangenheitsbewältigung der Natur geben? Glauben Sie eine existiert schon? Wie sollen wir uns mit unseren täglichen Entscheidungen, die gegen die Umwelt wirken, auseinandersetzen?

**Add Consent Form Here.**

## Literaturverzeichnis

1987: *Grüne zur Bundestagswahl*. YouTube. Gruene NRW, 15 Dec. 2006. Web. 06 Mar. 2012. <<http://www.youtube.com/watch?v=k2Xol0Kvk1A>>.

Abelshauer, Werner. *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik 1945-1980*. Frankfurt Am Main: Suhrkamp, 1983. Print.

Adamek, Sascha. *Die Atom-Lüge Getäuscht, Vertuscht, Verschwiegen: Wie Politiker und Konzerne Die Gefahren der Atomkraft herunterspielen*. München: Heyne, W, 2011. Print.

Adamek, Sascha, and Kim Otto. *Der Gekaufte Staat: Wie Konzernvertreter in Deutschen Ministerien sich Ihre Gesetze selbst schreiben*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2008. Print.

Angela Merkel: "Ausstieg mit Augenmaß" Youtube. cdu tv, 17 Mar. 2011. Web. 6 Mar. 2012.

"Anti-Wehrpropaganda." *Der Spiegel* 1 Dezember 1953. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web. 13 Okt. 2011.

"Artillerie: Die Atom-Anni." *Der Spiegel* 3 Juni 1953: 25-26. *Der Spiegel Heftarchive*. Web. 3 Okt. 2011.

"Atom-Aktien: Eine Menge Geld Machen." *Der Spiegel* 27 Mai 1953: 16. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web. 3 Okt. 2011.

Atomminister: am Telephon Globke." *Der Spiegel* 5 Oktober 1955: *Der Spiegel Heftarchiv*. Web 20 Okt. 2011.

Aven, T. *Risk Analysis: Assessing Uncertainties beyond Expected Values and Probabilities*. Chichester, England: Wiley, 2008. Print

Beck, Ulrich. *World at Risk*. Cambridge, UK: Polity, 2009. Print.

Birkeland, Janis. "Ecofeminism: Linking Thoery and Practice." *Ecofeminism: Women, Animals, Nature*. Ed. Greta Claire. Gaard. Philadelphia: Temple UP, 1993. 13-59. Print.

Chernus, Ira. "Dwight D. Eisenhower's "Atoms for Peace" Speech." *Eisenhower's Atoms for Peace*. College Station: Texas A & M UP, 2002. Print

"Das Spar-Budget." *Der Spiegel*. 17 Juni 1953: 21-22. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web. 3

- Okt. 2011.
- „Der strahlende Castor.“ *Der Spiegel*. 22. Mai 2012. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web 20. Feb. 2012.
- „Dosierte Information.“ *Frankfurter Rundschau*. 5. Mai 1986. *Nach dem Super-GAU: Tschernobyl und die Konsequenzen*. Klaus Traube u.a. Print.
- „Du Perle im Sternbild des Atoms“ *Der Spiegel*. 05. Mai 1986. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web 20. Feb. 2012
- Eisenhower-Rede“ *Der Spiegel* 16 Dezember 1953: 22. *Der Spiegel Heftarchive*. Web. 8 Okt. 2011.
- Engels, Jens I. "Geschichte Und Heimat: Der Widerstand Gegen Das Kernkraftwerk Wyhl." Ed. Kerstin Kretschmer. *Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation: Umweltprobleme Und Umweltschutz Als Triebfedern Regionaler Entwicklung*. Freiberg: Techn. Univ., 2003. 103-30. *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*. Web.
- Fischer, David. *History of the International Atomic Energy Agency: the First Forty Years*. Vienna: IAEA, 1997. PDF.
- „Frieden durch Angst“ *Die Zeit* 25 August 1955: *Die Zeit Online Archiv*. Web. 18. Okt. 2011.
- „Für den A-Fall“ *Der Spiegel* 15 Juni 1950: 40-41. *Der Spiegel Heftarchive*. Web. 8 Okt. 2011.
- Geary, James. "The Pros And Cons Of Science: Risky Business." Editorial. *TIME* 28 July 2003. *TIME.com*. Web. 24 Jan. 2012. <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,465812,00.html>
- Germany. CDU/CSU. Bundestagswahl. *Programm zur Bundestagswahl 1990*. Bonn, 1990. Print.
- „Grüne: Man wählt das Abendteuer“. *Der Spiegel* 12.01.1987. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web. 23. Feb. 2012
- „Inkompetent und naiv“ *Der Spiegel* 12.05.1996. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web. 23. Feb. 2012.
- Karapin, Roger. "Nuclear Energy Conflicts at Wyhl and Brokdorf." *Protest Politics in Germany: Movements on the Left and Right since the 1960s*. University Park, PA: Pennsylvania State UP, 2007. 117-60. Print.

- Kupper, Patrick. *Atomenergie Und Gespaltene Gesellschaft*. Diss. Edition Commerciale De : Dissertation : Philosophie : Zürich : 2003., 2003. Zurich: Chronos Verlag, 2003. Print.
- Mewes, Horst. "The West German Green Party." *New German Critique* 28 (1983): 51-85. *Jstor.org*. New German Critique. Web.
- Öncü, Kenan. "Die Funktion Der Intertextualität in Christa Wolfs Erzählung "Störfall: Nachrichten Eines Tages"" *Firat University Journal of Social Science* 13.1 (2003). Web. 9 Oct. 2010.
- "Pazifik / Bikini: Wir Sind oft Hungrig" *Der Spiegel* 25. Dezember 1967. *Der Spiegel Heftarchive*. Web. 4 November 2011.
- „Ritt auf dem Reh“ *Der Spiegel* 11. April 2011. Kurbjuweit, Dirk. *Der Spiegel*. Print.
- „Selbstverständlich ist Kernschmelze denkbar“ *Der Spiegel* 03. März 1986. *Der Spiegel Heftarchive*. Web. 20. Feb 2012.
- "Service-Navigation." *Deutscher Bundestag: SPD Kritisiert Kürzungen Der Mittel Für Bundeszentrale Für Politische Bildung*. Web. 06 Mar. 2012. [http://www.bundestag.de/presse/hib/2011\\_12/2011\\_500/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_12/2011_500/01.html).
- Schwab, Günther. *Dance with the Devil: a Dramatic Encounter*. London: G. Bles, 1963. Print.
- Sigmar Gabriel in der Atom-Debatte zu Meckel: "Sie haben Sicherheit gegen Geld Getauscht."* Dir. SPDvision. *YouTube*. SPDvision, 17 Mar. 2011. Web. 06 Mar. 2012. <http://www.youtube.com/watch?v=vi5DyhK7m90>.
- "Tod aus der Wasserleitung" *Der Spiegel* 2 März 1955. *Der Spiegel Heftarchive*. Web 13 Okt. 2011.
- Traube, Klaus. *Nach dem Super-GAU: Tschernobyl und die Konsequenzen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1986. Print.

- Radkau, Joachim. *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft: 1945-1975; Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*. Hamburg: Rowohlt, 1983. Print.
- *Nature and Power: a Global History of the Environment*. Washington, D.C.: German Historical Institute, 2008. Print.
- Varchmin, Jochim, and Joachim Radkau. *Kraft, Energie und Arbeit: Energietechnik Und Gesellschaft Im Wechsel Der Zeiten*. München: Deutsches Museum, 1979. Print.
- Roose, Jochen. "Der Endlose Streit Um Die Atomenergie." *Umwelt- und Technikkonflikte*. Ed. Peter Henning Feindt. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010. 79-103. Print.
- Uekötter, Frank. *Am Ende Der Gewissheiten Die ökologische Frage Im 21. Jahrhundert*. Frankfurt, M.: Campus-Verl., 2011. Print.
- *The Turning Points of Environmental History*. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh, 2010. Print.
- *Umweltgeschichte Im 19. Und 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg, 2007. Print.
- „Völlig Verstört.“ *Der Spiegel* 14/1986, 30. Juni 1986. *Der Spiegel Heftarchiv*. Web 23. Januar 2012
- Vom Ausstieg zur Verlängerung. 2011, März 15. *Hamburger Abendblatt*, p. 1. ProQuest Newsstand. March 1, 2012.
- "Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987." *Internet Archive: Digital Library of Free Books, Movies, Music & Wayback Machine*. Web. 22 Feb. 2012.  
<http://www.archive.org/stream/WahlprogrammDerCducsuZurBundestagswahlAm25.Januar1987/MergedPdf>
- "Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 SPD." *Bundestagswahl 25.01.1987*. Der Bundeswahlleiter, 2012. Web. 22 Feb. 2012.  
[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1987.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1987.html)
- Walter, Fredericia. "Das Recht auf Atomkraft." *Die Zeit* [Hamburg] 28 Apr. 1955, 17th ed. Print.

"Wie versteht Deutschland die atomare Katastrophe in Japan?" Personal interview. 15 Aug. 2011.

Wolf, Christa. *Störfall: Nachrichten eines Tages*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1994. Print.

"Wir Wählen Die Atomkraft CDU." *Freakcommander*. Web. 12 Mar. 2012.  
<<http://www.freakcommander.de/2228/schlimm-aber-wahr/cdu-wir-waehlen-die-atomkraft/>>.